

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mark pro Quartal.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschieht Kallig außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs aber deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inzerate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Raut 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. September 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Friedens-Demonstration in Prag.

Prag, 5. September.
 Die alte böhmische Hauptstadt hat dem mächtigen Buche ihres Ruhms ein neues Blatt eingefügt. Aber nicht die Herrennaturen des altböhmischen Adels oder freilebende Stadtbürger, deren Thaten den Tagen der Gussiten ihre Würde gaben, haben ihm die Schrift eingepreßt. In denselben Augenblicke, da die zwerghaften Politiker der tschechischen Bourgeoisie den von den Ahnen ererbten Ruhm und zugleich ihr wahres Klasseninteresse dem Materialismus verlaufen, hat die neue geschichtliche Macht, die Frucht eines glänzenden industriellen Verdeganges, ihren Fuß gebieterisch auf den hauptstädtischen Boden gesetzt. Prag auch die glänzende Demonstration, welche die Arbeiterschaft Böhmens heute ins Werk gesetzt hat, von den heutigen Machthabern nicht verstanden werden. Die Geschichte taucht ihre Feder nicht in die Tintenfass der Staatsmänner. Der heutige Tag wird noch Geschlechtern künden, die von den Regierungskünstlern der Baden! ebenso wenig wissen werden, wie von den widerlichen nationalen Kabbalereien des Oesterreich von heute.

Die Friedenskundgebung der böhmischen Arbeiterschaft wurde mit einer Friedenskonferenz eingeleitet, die gestern bis spät Abends auf der Schützeninsel tagte. Es waren 280 Delegierte aus 140 Orten, sowie die Reichsraths-Abgeordneten Steiner, Bratung, Kiefewetter, Schrammel und Zeller anwesend. Die höchst bedeutungsvollen Verhandlungen fanden ein Ergebnis in der Feststellung eines Friedensmanifestes, das in beiden Sprachen verfaßt, in ganz Böhmen verbreitet werden soll. Ferner soll die heutige Versammlung ihre Fortsetzung in Massenversammlungen in allen tschechischen und deutschen Organisationsbezirken Böhmens finden. Ueberall soll die Stellung der Arbeiterschaft zur Nationalitätenfrage klargestellt und der Verheerungspolitik der bürgerlichen Parteien entgegengetreten werden. Auch wird den Vertrauensmännern aufgetragen, wenn in Zukunft wieder nationale Geseffe vorkommen, immer deren unmittelbare Ursachen zu ermitteln und bekannt zu geben.

Es wurde weiter beschlossen, neben die bisherigen Organisationsstellen ein Landeskomitee der gesamtböhmischen Partei zu setzen, das aus den Vertrauensmännern aller vierzehn Wahlkreise besteht und über Gegenstände, die das tschechische und das deutsche Gebiet zugleich betreffen, zu beraten hat. Die Einberufung geschieht durch ein gleichfalls neu zu schaffendes Landes-Exekutivkomitee, das aus je drei Mitgliedern des Prager und Reichenberger Wahlkreises besteht.

Endlich wurde den tschechischen Arbeitern im deutschen Sprachgebiet, die gegenwärtig unter den Persekutionen deutscher Unternehmern leiden, die Sympathie, den vollkommeneren tschechischen Politikern die schärfste Mißbilligung zum Ausdruck gebracht.

Die eigentliche Feier fand heute statt und begann mit einem Meeting auf der Schützeninsel, an dem mindestens 25 000 Personen teilnahmen. Von zwei Tribünen sprachen die sozialdemokratischen Abgeordneten von ganz Böhmen — es hatten sich heute zu den obgenannten auch die Genossen Hannich und Dr. Vertaus eingefunden — und der Abgeordnete von Brünn, Genosse Gybec, zu der begeisterten Menge über den Frieden der Nationen und den gemeinsamen Kampf der Völker wider Ausbeutung und Verdummung. Unter den Begrüßungsschreibern, die in großer Zahl zur Verlesung gelangten, ist das der radikalen ruthenischen Partei hervorzuheben, das den Gedanken der Völkerveröhnung und der heutigen Demonstration preißt. Das Friedensmanifest, dessen Inhalt von der gestrigen Konferenz festgesetzt worden war, gelangte zur einstimmigen Annahme, und unter enthusiastischen Zurufen wurde die Versammlung geschlossen. Hierauf — es war mittlerweile die Mittagsstunde nahgerückt — nahm der Friedenszug Aufstellung.

Die Polizei war diesmal so vernünftig gewesen und hatte die Anordnung und Regelung des Aufmarsches den 500 Ordernern, die von der Prager Organisation beigestellt waren, überlassen. Dadurch ging auch alles glatt von statten.

Der Zug ging von der Schützeninsel durch die am Sonntag von flauenden Bourgeois wimmelnden Hauptstraßen Ferdinandsstraße, Obstgasse auf den Wenzelsplatz. Dieser breite, mächtig ansteigende Platz, dessen Höhe von dem imposanten Bau des böhmischen Museums gekrönt wird, durfte indes nicht in seiner Größe benutzt werden, da die oberste Seitengasse zum Haus des Prager Sokol, der nationalen Turnerorganisation, führt, von wo zwei Stunden später ein demonstrativer Trupanzug seinen Ausgang nehmen sollte. So mußte unser Zug durch die enge Krakauer Gasse in die Korngasse einbiegen, um endlich am Karlsplatz, im Angesichte des für die böhmischen Genossen so denkwürdigen Strafgerichtsgebäudes seine Auflösung zu bewerkstelligen.

Der Aufmarsch erfolgte in Achterreihen. Voran wurde eine große mit Grün umrahmte rote Tafel getragen, die in schwarzen Lettern die Aufschrift „Völkerveröhnung“ in deutscher und tschechischer Sprache trug. Dahinter hatte die Polizei unterlagert. Im Zuge folgten weitere Tafeln mit ähnlichen Aufschriften wie: „Friede mit dem Völkerveröhnung“, „Freiheit und Bildung“ und ähnlichen. Eine besondere Tafel führte der 4. böhmische Wahlkreis Eger-Asch, aus dem die Genossen besonders zahlreich herbeigeeilt waren, um zu zeigen, daß sie die wisse Hege, in der die dortige Bourgeoisie in feiger Weise für ihre politischen Mißerfolge an der tschechischen Arbeiterschaft Rache nimmt, verurteilen. Ueberhaupt waren die deutschen Genossen Nordböhmens in vielen hundert vertreten. Besonders fielen die Aramen Abordnungen der Arbeiter-Turnvereine auf. Mit Erstaunen sahen die Prager Speißbürger die Tracht der deutschen Turner in friedlicher Nachbarschaft der Camara, des tschechischen Schnitzrodes, einermarschieren. Die Abgeordneten schritten mitten im Zuge an der Spitze ihrer Wahlkreise.

Der Zug, der in sehr raschem Tempo und in dichtgeschlossener Kette seinen Weg nahm, dauerte ungefähr 25 Minuten. Die Zahl der Teilnehmer wird allgemein auf über zwanzig Tausend geschätzt.

Die Teilnahme des zu Tausenden angesammelten Publikums war natürlich keine begeisterte. Es war das Prag der vornehmen Viertel, das die Vorkant, die Welt des Müßiggangs, die die Welt der Arbeit mit heimlichem Grauen heranzwängt. Aber unlenkbar ist der imponierende Eindruck, den unsere Manifestation auf die gesammte Bevölkerung gemacht hat. Das geht auch daraus hervor, daß die Randallst des bürgerlichen Pöbels, welche die „Narodni

listy“, das jungtschechische Tageblatt, durch die Bezeichnung des Friedenszuges als einer „Provokation des tschechischen Volkes“ angestachelt hatte, wisse verstummt. Manch einer wird sich aber auch zum Nachdenken angeregt gefühlt haben, der da sah, daß in dieser Stadt, der klassischen Stätte des nationalen Kampfes die Sache des Friedens eine Zahl begeisterter Anhänger findet, wie sie die des Völkerveröhnung nie hinter sich gesehen hat. Und schließlich wird auch die Politik bei und erheblich mehr durch die „Argumente von der Straße“ beherrscht, als österreichische Minister eingesehen dürfen.

Die Niedererschlagenheit, diese erste Wirkung unseres Zuges auf die Bourgeoisie, warf ihre Schatten auch auf den Trug der Sokoln, der außer den berufswähigen Durrahschreibern nur wenig Juruse zu hören bekam, die nicht aus Kindermund stammten. Er hatte die schreienden Farben für sich, unser Aufmarsch in seiner Schlichtheit sprach aber lauter. Hinter den Sokoln kamen ungefähr 150 Männlein und Weiblein wie ebensolche arme Sünder einhergeschlichen. Es war die „nationale Arbeiterschaft“.

Politische Uebersicht.

Berlin, 6. September.

Der Dreibund ist fest — so verkünden die Triumpfrühe, welche der deutsche Kaiser und der König von Italien in Homburg beim Paradediner gehalten haben. Wilhelm II. sagte:

„Aber nicht nur mein Heer, sondern das gesammte deutsche Vaterland begrüßt in Eurer Majestät den hohen Gästen, den innigen Freund meines verstorbenen Vaters, den treuen Verbündeten, dessen Hieherkunft von neuem uns und der Welt zeigt, daß unerschütterlich und fest das Band des Dreibundes besteht, der im Interesse des Friedens gegründet wurde und je mehr und je länger, desto fester und inniger in dem Bewußtsein der Völker Wurzeln schlagen und Früchte tragen wird.“

Humbert erwiderte:
 „Ich war glücklich, die freundliche Einladung Eurer Majestät annehmen zu können, um Euer Majestät hier laut meine Gefühle auszudrücken und von neuem Zeugnis abzulegen für die zwischen unseren Regierungen und unseren Staaten bestehenden Beziehungen herzlichster Freundschaft und Allianz...“
 Ew. Majestät haben sich eine edle Aufgabe gestellt, indem Sie Ihre bewundernswürdigen Anstrengungen der Erhaltung des Friedens in Europa widmen. Die Erhaltung des Friedens durch die Einigkeit und den einmütigen Willen der Regierungen ist — wie Ew. Majestät wissen — auch mein heißester Wunsch. Ich werde immer glauben, der Mission meines Landes treu zu bleiben, wenn ich der Vollendung dieses größten und für das Glück der Völker und die Fortschritte der Zivilisation heilsamsten Werkes meine lokale Unterstützung leibe.“

Der Dreibund ist fest — so wiederholt es in Jubeltönen in der Bourgeoisipresse Deutschlands und Italiens, der sich die österreichische anschließt. Der Dreibund ist noch fester als der Zweibund. Denn der Zar sprach nur von Allianz, aber der deutsche Kaiser sprach von den treuen Allirten und der unerschütterlichen Festigkeit des Dreibundes und der König von Italien von „herzlicher Freundschaft und Allianz“. Also diejenigen, welche von der neuesten Entwicklung Italiens eine Annäherung dieses Staates an Frankreich und eine Abbröckelung des Dreibundes erwartet oder gefürchtet hatten, haben sich geirrt. Der Dreibund ist fest. Frankreich, soeben noch so stolz auf die Ergebnisse des Petersburger Ausfluges des Herrn Faure und so hoffnungsvoll, ist schnell wieder in die Schranken zurückgewiesen. Also jubelt die Bourgeoisipresse.

Gewiß, der Dreibund ist fest, ebenso fest wie der Zweibund.

Aber Dreibund und Zweibund sind der Ausdruck der großen Misere des festländischen West-Europa. Die fortgeschrittenen Völker West-Europas unter sich verfeindet und wahnfinnige Kriegerüstungen mit unfinnigem Geldaufwand betreibend. Frankreich, Deutschland, Italien, Oesterreich, im Staube liegend vor dem russischen Baren, vor dem Throne des weißen Schreckens, der jede freilebende und zivilisatorische Regung im Osten der alten Welt niederwirft.

Der Dreibund ist fest, — das heißt: die politische Misere West-Europas ist fest und für die Zukunft gesichert!

Ist dies „das Glück der Völker“, sind dies „die Fortschritte der Zivilisation“, von denen Humbert von Italien sprach?

Die Völker haben begonnen, von Glück und Zivilisation andere Vorstellungen zu haben, als die Presse der herrschenden Klasse und die Regierungen.

Und darum wird der Dreibund auch nicht, wie Kaiser Wilhelm hofft, „je länger desto fester und inniger in dem Bewußtsein der Völker Wurzeln schlagen und Früchte tragen.“

Gute Früchte können aus dem Dreibund und Zweibund nicht erwachsen. Nicht umsonst muß immer und immer wieder versichert werden: der Friede ist gesichert. Wo so viele und so starke Versicherungen nötig sind, steht es nicht gut. Der kleinste Anstoß genügt, um das kunstvolle Bündnißsystem zu zerreißen und den Kriegszug über Europa zu entfesseln. Aus Zweibund und Dreibund erwächst der Weltkrieg.

Die Völker aber verlangen und werden immer mehr verlangen nach einem wirklichen Frieden zwischen den zivilisierten Nationen. Und darum können die jetzigen Bündnisse der Diplomaten und Regierungen nicht immer inniger und fester Wurzeln schlagen in den Völkern! —

Die Partei der Zukunft. Herr Karl Graf von Schwerin-Schwerinsburg — wohl ein Mitglied der Erbkränenmeister-Familie deren von Schwerin in Alt-Preussens — eröffnet der stauenden Mitwelt, daß der „Bund der Landwirthe“ die Partei der Zukunft sein werde. Der Bund ist nämlich, nach der Meinung des Herrn Grafen, „Mittelstandspartei“ und er besitzt die einzig „echte Staatskunst“. Diese einzig echte Staatskunst besteht darin, die Erschaffung möglichst zahlreicher unabhängiger Einzelwirthschaften zu erstreben, und der Ueberführung der Einzelwirthschaften „in abhängiges Proletariatium“ ebenso wie dem „Auswachsen zu übermäßiger Wirthschaftspolitik“ zu widerstreben.

Wer diese Staatskunst betreibt, dem gehören die Wähler. Welche der Parteien, welche diese Wege nicht wandeln wollen; der „Bund“ wird nicht bloß eine Partei sein, sondern die eine, die einzige, die ein positives, das Zeitsehn erfüllendes Programm haben wird. Und: „Er wird als solche alle gegenwärtigen Parteien auffangen“. Graf Schwerin-Schwerinsburg erzählt ferner des näheren, wie er sich diese Auffassung denkt:

„So lange also und wo immer Parteilandidaten aufgestellt werden, welche die Bundesforderungen vollinhaltlich anerkennen, wird der Weg immer der einzig richtige bleiben, diesen Kandidaten oder von mehreren einen bundesseitig zu unterstützen, auf einen eigenen Bundeskandidaten aber zu verzichten. Nur in dem Fall, daß ein Kandidat, der die Bundesforderungen anerkennt, nicht aufgestellt wird, da wird die Frage an den Bund allerdings herantreten, ob er zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu schreiten für angemessen hält. Dies muß die Taktik für die nächste Zukunft sein und bleiben.“

Freilich, wenn demal ein der Bund die führende Partei geworden sein wird, dann werden auch die Bedenken gegenstandlos geworden sein, daß der Bestand bestehender Parteien zu schonen sei, und daß man nicht zu den vorhandenen eine neue Partei künstlich hinzuschaffen solle. Denn auch diese befreundeten Parteien werden dann nicht mehr sein wie sie sind. Sie werden durchdrungen sein vom Geiste des Bundes, oder sie werden nicht mehr sein. Was von ihren heutigen Programmen nicht aufgenommen sein wird in den von der Zeit geforderten Inhalt des Bundesprogramms, das wird abgestorben sein. Als Gegner des Bundes aber werden dann nur bleiben die Wammonisten (d. h. die unverbessert Liberalen) einer- und die Führer des unzufrieden gebliebenen Proletariats andererseits.“

Diese Ausführungen des Grafen Schwerin an der Spitze der „Deutschen Tageszeitung“ sind ein Pronunziament für die zukünftigen Wahlen, eine Herausforderung der verschiedenen Richtungen der Rechten, der Konservativen und auch der Nationalliberalen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zwar in einer kleinen Nachschrift, daß sich die Ausführungen des gräflichen Mitarbeiters nicht allenthalben mit ihren Ansichten decken, aber sie bezeichnet sie als so beachtenswerth, daß sie sie ihren Lesern nicht vorenthalten müsse.

Der „Bund der Landwirthe“ wirft also die Maske der Parteilosigkeit ab und etabliert sich als „Partei der Zukunft“. Was werden die Konservativen dazu sagen, die völlig unter das Szepter des Herrn v. Plöb gebeugt werden sollen?

Der Streit zwischen der blünderischen „Mittelstandspartei“ und den Konservativen alter Richtung dürfte sich noch zu sehr interessanten Episoden entwickeln.

Vorläufig aber macht sich das Blünderthum nur lächerlich, wenn es den Mund so gar voll nimmt. Die zahlreichen Wahlunterlagen der letzten Jahre waren kein zu günstiges Omen für die „Partei der Zukunft“!

Frankreichs Kredit ist nächst dem Englands der beste auf dem Effektenmarkte. Trotzdem bedeutet die bevorstehende Konversion von 15 000 Millionen Franken 8 prozentiger Rente in 2 1/2 oder 2 3/4 prozentige ein großes Gefühl der Sicherheit des Kredites und außerdem die erfreuliche Ueberzeugung, daß der Friede uns auf längere Zeit gesichert ist. —

Mit der Anarchistenbekämpfung haben es Konservative und liberale Ministerien in Spanien versucht. Unsere Leser kennen die grauenamen, aber wie Spaniens Geschichte zeigt, völlig wirkungslosen Ausnahmegeetze gegen die Anarchisten. Trotzdem wollen die Nachfolger des ermordeten Canovas die Wamange nicht scheuen und ein neues Ausnahmegeetz dem Parlamente zur Annahme vorzuschlagen. Das „Berliner Tageblatt“ meldet dazu aus Madrid:

Der Ministerrath stellte die Grundzüge des neuen Anarchisten-geetzes fest. Die Hauptbestimmung berechtigt die Regierung, Individuen, welche anarchische Propaganda betreiben, zeitweilig nach der Insel Fernando Po zu deportieren. Die Liberalen werden das Gesetz bekämpfen.

Was eine solche Deportation nach Fernando Po bedeutet, haben wir in unserer Nummer vom 8. d. M. in der folgenden Notiz mitgetheilt:

Das die schärfste Kritik der spanischen Methode, Gefangene zu behandeln, noch viel zu milde ist, beweist die Meldung aus Madrid, daß in der Zeit vom 17. Januar bis 17. Juni d. J. infolge bössartiger Fieber 74 von den nach Fernando Po deportierten Anbanern und Philippinern starben.

Es ist die trockene Guillotine, gegen die der Galgen noch eine Wohlthat ist! —

Die Aufhebung der Blockade über Areta wird von den Admiralen beabsichtigt. Eine Meldung der „Agence Havas“ aus Kanae besagt: Da die Ursache, welche zu der Blockade nöthigte, geschwunden ist, und die Aufständischen die Autonomie angenommen haben unter der Bedingung des Abzuges der türkischen Truppen, schlagen die Admirale vor, daß die Blockade

am 10. d. aufgehoben werde. Die Admirale ersuchen den Gouverneur, jede nicht dem Militär angehörige Person zu entwaffnen, und zwar zuerst in Kambaja, dann in den übrigen unter dem Schutze der Mächte liegenden Ostschiffen.

Für Verabreichung der Insel wird die Ausführung dieser Absicht im gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich nicht beitragen. Die Türkei dürfte gewiß den Versuch, ihren Einfluß auf der Insel von neuem zu stärken, wieder aufnehmen. Die Russen sind aber werden sich diesem Versuche mit aller Kraft widersetzen. Bis jetzt sind die Inhaber auf der Insel überaus wirksam, täglich kommen Plünderungen und Tötungen vor. Die Aufhebung der Blockade wird diese Verhältnisse jedenfalls noch verschlimmern.

Bemerkenswert ist eine Mitteilung des „Standard“ aus Konstantinopel, welche den maßgebenden Einfluß Russlands auf die Friedensverhandlungen, sowie die weiteren Absichten dieses Staates in den asiatischen Fragen zutreffend deutet. Darnach habe die russische Botschaft in London auf ein neuerliches Ersuchen des Sultans die Instruktion erhalten, keine Bemühungen zu scheuen, um Lord Salisbury's hartnäckigen Widerstand gegen die vorgeschlagene Fassung des Friedensvertrages zu überwinden. Die türkische Botschaft in London habe günstige Versicherungen bez. dem Erfolg dieser Bemühungen erhalten und dieselben nach Konstantinopel übermittelt. Der Sultan habe sich wieder mit dem Kaiser von Rußland in direkte Verbindung gesetzt, und es seien gegenseitige Abmachungen getroffen worden. Der Sultan habe sich verbindlich gemacht, seinen Einfluß in Zentral-Asien niemals gegen Rußland geltend zu machen, wogegen der Kaiser von Rußland die Verpflichtung übernommen habe, die Rechte der Türken in Europa zu unterstützen.

Aus Athen wird gemeldet: Ein am Sonntag Nachmittag von der extremen Kriegspartei abgehaltener Meeting war weniger besucht, als die früheren. Die Blätter beklagen sich lebhaft über die endlose Verlängerung der Verhandlungen und fähren aus, Griechenland werde infolge dieser Verschleppung der Friedensverhandlungen keine Mittel behalten, etwas zu zahlen.

Die neuesten Nachrichten aus Indien lassen, wenn sie sich bestätigen, die Lage der Engländer günstiger erscheinen, als man bisher zu vermuthen Anlaß hatte. Aus Simla wird berichtet, daß die Herrscher der Eingeborenen Staaten in ganz Indien ihre Truppen der englischen Regierung zur Verfügung gestellt haben. Die Regierung habe das Anerbieten der Fürsten in Pendschab, betreffend die Stellung von vier Bataillonen Infanterie und zwei Kompanien Sappeure angenommen, ebenso die Stellung von Transportzügen seitens der Maharadschas von Gwalior nach Jajpur.

Nach die Zuverlässigkeit des Emirs von Afghanistan soll außer Zweifel stehen. Derselbe habe den Befehl gegeben, seine Truppen von den vorgeschobenen Außenposten zurückzuziehen, um sie unter direkter Beaufsichtigung halten zu können, da die Offiziere auf diese Weise im Stande wären, die Soldaten am Desertiren und an einer Theilnahme an den Kämpfen zu verhindern.

Deutsches Reich.

Der Finanzminister hat, wie verlautet, vor einigen Monaten über den Gang und Stand des preussischen Finanzwesens in der Zeit vom 1. Juli 1890 bis 1. April 1897 einen Bericht an den Kaiser erstattet.

Derselbe dürfte dem Landtage vorgelegt werden. Ueber den Inhalt des Berichts verlautet noch nichts Bestimmtes.

Ueber das Verhalten des Reichs-Eisenbahn-Amtes bei Unfällen und zur Verhütung derselben schreibt die „Berl. Corresp.“:

„Ueber die vorkommenden Unfälle gehen dem Reichs-Eisenbahn-Amte allmonatlich Nachweisungen zu, in denen jeder einzelne Unfall verzeichnet und erläutert ist. In zahlreichen Fällen werden die Untersuchungs-Berichtungen eingefordert und wird den Ursachen nachgegangen. Außerdem aber ist jeder schwere Unfall telegraphisch zu melden, worauf sich je nach den Umständen sofort ein Mitglied des Amtes zur Untersuchung an Ort und Stelle begibt. Findet sich ein Mithand irgend welcher Art, so wird Abhilfe veranlaßt. Wahrnehmungen von allgemeinerem Interesse werden auch den übrigen Verwaltungen zur praktischen Verwertung mitgeteilt.“

Naturgemäß ist die Befestigung der Unfälle, die zu den Unfällen geführt haben, oft mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft. Handelt es sich doch auch meistens um Maßregeln, die Geld, unter Umständen recht viel Geld kosten — Umbau von Bahnhöfen, Vermehrung des Personals u. s. w. Insbesondere sei z. B. erinnert an die äußerst wichtige und zugleich finanziell bedeutungsvolle Frage einer Verstärkung des Oberbaues der Eisenbahnen, für die das Reichs-Eisenbahnamt mit Rücksicht auf die im Zuge der Zeit liegende größere Fahrgeschwindigkeit schon seit Jahren nachdrücklich eingetretten war. Erst vor wenigen Monaten konnte diese Frage ihre besprechende Erledigung finden, indem durch Beschluß des Reichsraths die vorgeschriebene Tragfähigkeit für den Oberbau von 7000 auf 8000 Kilogramm erhöht wurde.

Der Grund, weshalb das Reichs-Eisenbahnamt die Ergebnisse seiner Unfalluntersuchungen nicht zu veröffentlichen

pflegt, scheint uns nahe zu liegen. Bekanntlich wird fast über jeden schweren Unfall eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Wenn nun von autoritativer Seite eine Kundgebung über die Ursachen erfolgte, z. B. über das Verschulden eines Beamten, so wäre damit eine höchst bedeutungsvolle Einwirkung auf das gerichtliche Verfahren verknüpft, die durchaus zu vermeiden sein muß. Das aber vom Reichs-Eisenbahnamt nicht unterlassen wird, um die Betriebs-Sicherheit auf den deutschen Eisenbahnen zu wahren und nach Möglichkeit zu erhöhen, darüber könnten wohl am besten die Eisenbahn-Verwaltungen selbst Zeugnis ablegen, die vielleicht geneigt sein werden, eher über das zu sprechen als das zu wenig der sorgfältigen Einwirkung des Reichs-Eisenbahnamtes auf diesem Gebiete zu klagen.“

Diese offiziöse Mitteilung bestätigt vollumfänglich die Berechtigung der an unsere Eisenbahnunfälle geübte Kritik. Es fehlt in unserem Kulturstaat an Geld, um genügend schnell und gründlich gegen die Ursachen der Eisenbahnunfälle einzuschreiten.

Für den Bau neuer kostspieliger Panzerschiffe wird ein ungeheurer Aufwand gemacht. Für Militär und Marine werden Summen aufgewendet. Aber eine so dringende Aufgabe wie der Schutz gegen Eisenbahnunfälle muß wegen Geldschwierigkeiten hinten gelassen werden!

Ein beschämenderes Zeugnis könnte dem bel und herrschenden System nicht ausgeflößt werden.

— Zu dem „politischen Eisenbahn-Unglück“ in Eschwege wird dem „Hannoverschen Anzeiger“ noch geschrieben:

„Heute finde in Ihrem Blatte wieder einen Artikel über das hiesige Eisenbahn-Unglück. Ich sehe mich genöthigt, auch ein paar Worte dazu zu bemerken, um den vagen Gerüchten u. dergl. mit ein wenig Ende zu verhelfen.“

Ich war 12 Stunden nach der Katastrophe am Platze und machte dort eine Bemerkung, welche ich noch mehreren Bekannten sagte: An der Schiene, links an der Stelle, wo der vorerwähnte 1.—2. Klasse-Wagen gestanden, lag neben zwei guten Schienen eine stark gebogene. Dieselbe hatte in Entfernung von ca. 1/2 Meter 2 alte Weiche und einen Neuen. Diese drei Weichen waren offen und dadurch die Weichung (sehr stark) in der Schiene. Die Weichen gingen halb durch den Kopf.

Meiner Meinung nach (ich bin Maschinist) ist dieser Schiene die Schuld an dem Unglück zuzuschreiben. Nicht aber Altenkättern!!!

Sollten Schienen mit zwei solchen Weichen nicht auszuwechseln sein, ehe ein Unglück stattfindet?

Meiner Meinung nach wären diese Weichen durch ein stärkeres Streckenpersonal abzustellen. Wie haben ein gutes Streckenpersonal, aber ein zu schwaches. Darin liegt noch ein großer Fehler unserer Streckenverwaltung.“

Hoffentlich sind es zu Stumm's doppeltem Schmerz nicht ein paar gestrichelte Schienen seines verstorbenen Freundes Baare.

— Die Flottenbegeisterung. Von einem Wörlitzer Damen-Komitee für Flottenvermehrung ist seinerzeit viel Wesens gemacht worden. Jetzt stellt sich heraus, daß diese Damen von Wörlitz durch ihren Ruf zur Beschaffung eines „Kreuzers“ nur eine Summe von 410 M. zusammengebracht haben. Mehr als die Friedenskongresse stören die Komitees für die Flottenvermehrung den Weltfrieden auch nicht.

— Zur Handhabung des Koalitionsrechtes in Preußen. Die Magdeburger Polizei hat zu den vielen Mitteln, die heute von den Behörden zur Verhinderung des Koalitionsrechtes der Arbeiter benützt werden, ein neues erfunden, dessen Anwendung sehr einfach ist: man stellt nämlich alle Streikenden ein und läßt sie ein wenig über ihre Missethaten nachdenken. Die Fortsetzung wäre dann, daß man die Inhaftirten so lange bei Wasser und Brot überherbergt, bis sie sich geneigt fühlen, zu ihren „Herrschern“ zurückzukehren. Wie sind gar nicht sicher, daß wir nicht dieser Fortsetzung wenigstens als Empfehlung von unternehmerfreundlicher Seite begegnen werden, denn immer zahlreicher werden die Mittel, die zur Bekämpfung der den Unternehmern so lästigen Streikbewegung herbeigeholt werden. Da werden Streikversammlungen verboten, Sammlungen untersagt, zum großen Anlaß stampelt man die Aufsperrung, Zugang ferngehalten und das Aufstellen von Streikposten. Die Zahlreichen der Gewerkschaften sollen dem Vereinsgesetz zum Opfer, Abhängigkeit und Vergessen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung werden künstlich so konstruirt, daß jede harmlose Rede von Streik sein Opfer fordert und schließlich verhaftet man Streikkomitee oder Vereinsvorstand, um ihnen den Prozeß zu machen. Aber selbst wenn die Streikenden all diesen verdächtigkeitsvollen Gefahren geschickt ausweichen und lauter schon wieder ein neues Mittel. So verhaftete die Magdeburger Polizei am Freitag Vormittag in der Versammlung der streikenden Harmonika-Arbeiter und Arbeiterinnen von den 40 Anwesenden 31, um sie in einzelnen geschlossenen Trupps unter harter Begleitung uniformirter und nichtuniformirter Beamter abzuführen. Niemand wußte warum! Die Bewegung war, wie unser Parteiorgan, die „Vollstimme“ mittheilt, ruhig ohne jeden Zwischenfall bisher verlaufen. In der Versammlung war auch nichts vorgefallen, vielmehr muß man annehmen, daß die Polizei diese Maßnahme vorbereitet hat, da sonst ein solches Aufgebot von Polizeibeamten unerlässlich wäre.

Die Leute scheinen noch immer zu glauben, daß es mir so geht wie dem Dienstmädchen, das meiner guten Frau einmal in Paris sagte: „An allem kann ich mir gewöhnen, nur an dem Schlafenden nicht.“ Ich fühle mich zu Hause recht wohl und passe nicht mehr für Paris.“

Endlich auch Bismarck's Urtheil über die verstorbene Kaiserin Augusta, die der jetzige Kaiser in Koblenz „eine große Frau“ nannte, welche Anklage zugleich hübsche Einblicke giebt, wie Politik gemacht wird.

„Die hohe Frau hat an der Abnutzung meiner Nerven sehr stark mitgearbeitet. Sie war selbst eine nervöse, unheile und unruhige Natur, trieb gern Politik und war gleich Feuer und Flamme, wenn man auf ihre Pläne nicht einging, gehen konnte. Unsere Fraktionen begannen früh. Als der Prinz von Preußen 48 nach England gehen und ich ihn aufsuchen wollte, um ihm dringend zu raten, er solle in Potsdam bleiben, die ganze Armes und ein großer Theil der Landbevölkerung sei für ihn und seine Reise würde schlecht wirken, wollte sie mich nicht zu ihm lassen. Sie war aufgeregt, schlug sich, wie immer in solcher Stimmung, mit der flachen Hand auf die Brust und erklärte mir, sie wisse vor allen Dingen für die Zukunft ihres Sohnes sorgen. Später erfuhr ich von einem merkwürdigen Plan, der in ihrem Palais ausgekocht worden war. Vinde sprach mich in Landtag an und sagte, er wolle den Antrag stellen, der Prinzessin von Preußen die Regentenschaft zu übertragen, wie ich darüber dachte. Ich fragte zunächst, warum denn der Prinz nicht Regent werden solle. Der Prinz, meinte Vinde, sei im Lande unmöglich geworden. Schön, sagte ich, wenn Sie Ihren Antrag stellen, werde ich beantragen, Sie als Hochverräter verhaften zu lassen. Der Antrag unterblieb, weil er ohne die Unterstützung der äußersten Rechten aussichtslos war. Meine Beziehungen zu der Prinzessin wurden dadurch nicht besser und sie konnte, auch als sie Königin und Kaiserin geworden war, ihren eigenthümlichen Groll gegen mich nie ganz verbergen. Ihre Neigung für alles Französische und Katholische wirkte dabei mit, an ihrem Hof einhändig im Laufe der Zeit eine Kamaria, die nicht immer unbedenkliche Mittel anwandte, um ihr Ziel zu erreichen, und ich hätte vieles nicht durchsetzen können, wenn der alte Herr, der unter diesen Dingen übrigens nicht weniger litt als ich, in der Stunde der Entscheidung nicht doch schließlich steh bei der Stange geblieben wäre. Diese Kämpfe kosteten aber Nervenkraft, — besonders, als sie in der Konfliktzeit den König zur Abdankung überreden wollte und ich ihn energisch beim Portepsee fassen mußte. Ich kann wohl sagen, daß dieser langjährige Damenkrieg meine Gesundheit mehr angegriffen hat als alle offenen Gefechte im Parlament und im diplomatischen Dienst.“

Mittlerweise sind bis auf 6 Personen alle Inhaftirten wieder entlassen. Man giebt nun vor, daß die Polizei ein Streikkomitee suchte. Wenn das wirklich der Grund für das aufsehenerregende Vorgehen der Polizei ist, dann fragt man sich vergeblich, ob denn kein anderes Mittel zu gebote stand, um dieses schwere Verbrechen zu erforschen. Soviel Verhaftungen nimmt man ja nicht vor, um einen Mörder auf die Spur zu kommen. Aber es wäre auch gar zu schrecklich gewesen, wenn man dieses Streikkomitee nicht entdeckt hätte. Dabei muß durch die Versammlungen und durch die Presse der Polizei bekannt sein, daß die Zeitung des Streiks in Händen des Vertrauensmannes der Sozialisten liegt, den man allerdings unbegrifflicher Weise in Haft gehalten hat. Glaube die Polizei nur auf diese Weise ihren Zweck erreichen zu können, warum zitierte sie die Streikenden nicht einzeln durch eine Vorladung nach dem Polizeibüreau, anstatt mit so vielem Kuffen einen Transport zu inszeniren, der eine Ähnlichkeit mit einer Massia auf Bagabunden hat? Wenn aber die Polizei, ohne daß sie von der vorgeesehenen Behörde rektifizirt wird, in dieser Weise gegen die Streikenden vorgehen kann, dann steht das Koalitionsrecht der Arbeiter nur noch auf dem Papier und der § 153 der Gewerbe-Ordnung gewährt nur noch den Unternehmern des Recht der Koalition.

— Die Konservativen verhalten ihr Haupt ob Bismarck's scharfer Worte, die sie bis ins Innerste getroffen haben. Die „Kreuz-Zeitung“ jammert also:

„Mit Bedauern müssen wir zum Schluß neuer Äußerungen des Fürsten Bismarck erwähnen, aus denen hervorgeht, daß sich seiner doch eine große Mäßigung über die konservative Partei bemächtigt hat. Die Behauptung, daß die konservative Partei von der „Fraktionsstreberlei“ besonders leicht verführt werde“, und der Satz, er hätte „viel eher mit Herrn Richter paktirt als mit den Freunden der Nationalität, Gudom und Konsorten“, zeigen in ihrer beleidigenden Pointirung eine solche Kühnheit des Alt-Reichskanzlers gegen die konservative Partei, daß es schwer ist, eine Erklärung dafür zu finden. Nirgends ist der Fürst mehr verächtlich als von den Konservativen; seinen ältesten Sohn, der parlamentarisch „wild“ ist, hat man auf dem konservativen Parteitag zu Tode an den ersten sprechen lassen — nur dem Namen Bismarck zu Ehren. Und das ist der Dank aus Friedrichstr. 7? Der Fürst scheint verärgert zu sein, und wohnt er jetzt, zeigt u. a. die Bemerkung über die „in in Mode gekommene Reifepolitik“ unabweislich genug. Als Zukunfts im Parterre sehen sich die Dinge aber anders an, wie wenn man praktische Politik treibt.“

Im übrigen aber können wir nur mit Trauer im Herzen feststellen, daß einer der größten Söhne Deutschlands Neben führt, aus denen eine völlige Verbitterung, ein unheilbarer Bruch mit der Gegenwart herausblüht.“

Die Herren von der „Kreuz-Zeitung“ scheinen wirklich tief gekränkt zu sein; man muß fast fürchten, daß sie vor Kummer um das Vergehen ihres Verbandes kommen, sprechen sie doch jetzt schon von Neben, aus denen ein Bruch herausblüht“. Ja, es ist genug seute sich die „Kreuz-Zeitung“, ihren feindlichen Brüdern, den National-Liberalen, vorzuhalten, wie sie Bismarck an die Wand gedrückt habe, „daß sie quieschten“. Und nun quieschen die stolzen Herren von und zu selbst so gar erbärmlich.

Wir haben lebhaftes Mitgefühl mit all diesen patriotischen Sentenzen, welche nach aller Speicheldeckerei und Vohhuberei sich solche Duftritte gefallen lassen müssen.

— Zur Frage der Reform des Militär-Strafverfahrens schreibt die „Nat.-Lib. Corresp.“:

Das Vertrauen, daß ein Entwurf der Militärstrafprozess-Reform endlich an den Reichstag gelangte, der mit der programmatischen Sicherung des Reichsanwalts vom 18. Mai 1896 sich vereinbaren ließe, ist in den letzten Tagen allerdings gesunken. Für das vorbereitete Reformwerk scheint zum Verhältnis die von den Militärs mit Fähigkeit geforderte enge Verbindung der Kommandogewalt mit der Justiz und das von den höchsten Militärs, insbesondere auch von den höchsten Chargen des großen Generalstabes für den obersten Kriegsherrn geforderte Bestätigungsrecht zu werden. Wenn der Kontingentsherr berechtigt sein soll, für jeden einzelnen Fall, den das Obergericht entscheidet, die militärischen Verfügungen und auch den vorstehenden General zu kommandiren, wäre der Grundfah der Ständigkeits- und Unabhängigkeit des Gerichts der Art durchbrochen, daß Fürst Hohenlohe schwerlich es mit seinem Versprechen vom 18. Mai v. J. vereinbaren könnte, einen solchen Entwurf mit seiner Unterschrift versehen an den Reichstag gelangen zu lassen. Ebenso wenig könnte es dem Grundfah der Unabhängigkeit des Gerichts entsprechen, wenn dem Gerichtsherrn bzw. dem obersten Kriegsherrn allgemein ein Bestätigungsrecht eingeräumt werden sollte. Wir glauben uns nicht zu irren, daß diese Streitfragen erst nach dem 24. August vorigen Jahres aufgetreten sind, das heißt, erst nach der Erklärung des Reichs-Anzeigers, von jenem Tage, daß der Kaiser selbst die Vorlegung eines Entwurfs befohlen habe, welcher der von dem Reichskanzler am 18. Mai im Reichstage abgegebenen Erklärung entspricht“. Es wird hiernach angängig sein, für die nachträglich in den Entwurf hineingeschriebene oder dem Entwurf gegenüber so hartnäckig verfochtene Vereinfachung der Ständigkeits- und Unabhängigkeit der oberen Instanz die Person des obersten Kontingentsherrn selbst anzuspüren. Die Gegner der Offenlichkeit des Hauptverfahrens und der hiernach einzurichtenden besonderen Anklagebehörde gegenüber dem als Prozeßpartei anerkannten Angeklagten sind es, die ihren Widerstand gegen die Offenlichkeit als völlig aussichtslos aufgeben mußten und nun in dem Verlangen des Bestätigungsrechts ein werthvolles Mittel gefunden haben, nicht nur die Reform zu hinterzählen, sondern auch an höchster Stelle sich vortrefflich zu insinuiren.“

Die „Nat.-Lib. Corresp.“ spricht sich alldann dahin aus, daß unter diesen Umständen die Angelegenheit dieser Reform im Reichstage zur Sprache gebracht werden solle, welche Meinung auch wir schon wiederholt ausgesprochen haben.

— Tragikomisch ist das Pech der „Deutschen Tagesztg.“ Selbst Dr. jur. J. Sigl vom „Bayerischen Vaterland“ muß das Organ der Plöhe des schlechten Tones zeihen. Er schreibt gegen das Blatt:

Wir hatten nicht das Glück, auf preussischen Besanzenhöfen den modernen Ton für den wirtschaftspolitischen Gedankenkampf zu erkennen und mit den jüngerhaft noblen Waffen . . . uns anzukräften und vertraut zu machen.

Jeder nach seiner Art. Der süddeutsche Bauer, dessen Blut in unseren Adern fließt und dessen Lebensanschauung unsere erste Erziehungsquelle war, verachtet nicht den Mann der Wissenschaft, behandelt ihn nicht wie ein nur zum allernächsten eigenen Vortheil angeschafftes, darüber hinaus aber nutzloses, ja lästiges Werkzeug, wie das den Junkern und ihren erhabenen Vorbildern schon vom Beginn der Postmeister-Erziehung angefangen beßes Festigung des „Standesbewußtseins“ eingepreßt wird.

— Das Gefügigkeit gegen die Regierung nicht zur Stärkung der Zentrumsparthei führt, sollte man doch in allererster Linie in Schlesien gelernt haben, wo die Ballewren, Quene, Vorsch und Genossen haufen. Neue unangenehme Erfahrungen macht nun der Breslauer Kardinal Fürst-bischof Kopp, der das Wohlwollen der Regierung stets höher gehalten hat, als das traute Zusammenwirken von Herr und Heerde. Unlängst hat er auf Wunsch sehr einflussreicher Herren die Auflösung zahlreicher Vereine, vor allem solcher mit polnischer Geschäftssprache, gefordert, also die Auflösung von ganz gefeglichen, fromm katholischen Vereinen, denen die Jünger der Herren v. d. Necke mit ihren Auslegungskünsten des Vereinsgesetzes nicht bekommen können. Der gute Kardinal und seine weltlichen Berater scheinen aber wenig Glück zu haben. Die vom Breslauer Fürstbischof angeordnete Auflösung der Kossin-Vereine stößt nämlich auf offenen Ungehorsam.

Mus. 1. September, wird der „Oberschl. Volkszeitung“ geschrieben:

Am vergangenen Sonntag fand eine Sitzung des Klostersvereins statt. Herr Kaplan Winter theilte dem Verein die Anordnung Sr. Eminenz betreffend die Auflösung der p. Vereine mit und fragte an, ob der Verein sich dem Befehl Sr. Eminenz willfährig zeigen wolle. Darauf wurde die Erklärung abgegeben, dass der Verein sich nicht auf, sondern bleibt wie bisher weiter bestehen. Herr Kaplan Winter verließ darauf die Versammlung, die sich somit von ihrem Bischof und ihrer Geistlichkeit löst.

Man darf gespannt sein, welche Disziplinar-mittel der Fürstbischof anwenden wird, um die Stedellen zum Gehorsam zurückzuführen.

Und freut die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien. —

Wieder ein gemeinsamer Kandidat der National Liberalen und des Bundes der Landwirthe! Als solcher ist der frühere Postbesitzer Kahle im Reichstagswahlkreise Bismarck aufgestellt worden. Wir sind überzeugt, daß solche Kandidaturen den Wählern fast ebenso wie den National Liberalen schaden werden. —

Der Katholikentag in Landshut soll sich durch sehr schlechten Besuch ausgezeichnet haben. Alle Wirthe klagten, daß sie kaum ein bis zwei Gäste erhielten, wenn sie auf 12 vorbereitet waren. Bauern sollen fast ganz gefehlt haben, desto mehr Geistliche wurden gesehen. Die Zentrumspartei wird sich hüten, bald wieder in Bayern, wo ihre Stellung am meisten erschüttert ist, Hirschfeld zu halten. —

Die Herren Offiziere können sich nicht zur Sparsamkeit und weisen Einsparung entschließen. Wie der „Domb. Korresp.“ erzählt, ist im August d. J. wiederum eine kaiserliche Kabinettsordre an sämtliche Truppenkommandos ergangen, welche anordnet, daß den Offizieren erneut aus Herz gelegt werde, in ihrer Lebensführung jeden Luxus zu vermeiden, der mit der Vermögenslage des Betreffenden nicht in Einklang zu bringen sei.

Es muß nicht gut mit der Zufriedenheit der Herren Offiziere stehen, daß sie so häufiger und eindringlicher Ermahnungen bedürfen.

Uebrigens dürfte jener Luxus und Prunk, der bei den Festlichkeiten unserer obersten Kreise heutzutage entfaltete zu werden pflegt, kaum ein gutes Vorbild für die Offiziere bieten. —

Apolda, 5. September. (Fig. Ver.) Trotz aller Wahrscheinlichkeits-Berechnungen können wir von Erfolgen reden. Bisher war allerorts die Theilnahme an den Wahlen eine äußerst geringe; noch vor drei Jahren theilnahmen sich in Apolda nur etwa 200 Personen an der Wahl. Aber am 1. September d. J. als die „Ordnungsparteien“ die Parole ausgaben: „Unter keinen Umständen einen Sozialdemokraten in den Landtag!“, gingen hier 796 Wähler an die Urne. Von diesen entschieden sich 559 für unsere Wahlmännerliste, unsere aufgestellten 52 Wahlmänner stiegen glänzend, so daß der Landtags-Wahlkreis Apolda-Stadt in unseren Händen ist. Auch Apolda-Land, welches nach dem neuen Gesetz mit anderen Orten zusammengelegt und einen Wahlkreis für sich bildet, bietet sehr günstige Aussichten; nach den bis jetzt eingegangenen Nachrichten sind von den dort zu wählenden 37 Wahlmännern 18 für unseren Kandidaten aufgestellte Wahlmänner gewählt, ein ähnliches Verhältnis ist aus dem Wahlkreise Mühlthaleben zu konstatieren. In allen drei Kreisen kandidirt der bisherige Landtags-Abgeordnete Daudert, welcher, falls Doppelnwahl erfolgt, sich für einen Landkreis entscheiden wird. — Innerhalb des Monats September findet die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner statt. Wenn Ansehen nach wird, trotzdem der Staatsminister v. Grolsch bei der Wahrscheinlichkeits-Berechnung das Schicksal der Sozialdemokratie aufmarschieren ließ, der künftige Landtag nicht so reaktionär sein wie der bisherige. —

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der niederbayerischen Zentrumspartei entschied sich gegen eine selbstständige Parteibildung und für die weitere Zugehörigkeit der bayerischen Abgeordneten in der Zentrumsfraction des Reichstags. —

Eine für das Zentrum gefährliche Nachricht zur bayerischen Abgeordnetenkammer ist im Wahlkreise Neuhelm notwendig geworden durch die Niederlegung des Mandats seitens des Merikalen Kononius Bach. Derselbe wurde bei der letzten Wahl mit 64 gegen 59 Wahlmännern gewählt. Die Bauernbündler werden alles thun, um auch diesen Wahlkreis dem Zentrum abzunehmen. —

Duellchronik. Nach einer Meldung der „Posener Zig.“ aus Bromberg hat dort zwischen den Advokaten Gering und Doppel von 84. Pflüger-Regiment im Czertzerhause dasselbe ein Duell stattgefunden, nachdem das militärische Ehrengericht entschieden hatte, daß ein zwischen beiden Herren schwebender Ehrenhandel auf diesem Wege ausgetragen ist. Welcher Art letzterer war, ist nicht bekannt. Doppel soll eine recht erhebliche Verletzung am Kopfe davongetragen haben.

Wenn nun die jungen Leute, ehe sie noch Offiziere geworden sind, schon zur Austragung ihrer Ehrenhandlung zum Duelliren gezwungen werden, kann es bald nicht verwundern, wenn angehende Gymnasialisten mit der Pistole in der Hand ihre Ehre wiederherstellen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung war am Sonnabend in Breslau der Bauerngutbesitzer Theodor Möller aus Kattlowe, Kreis Müllitz, angeklagt. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit Freisprechung. In Würzburg wurde dem „Fr. Kur.“ zufolge eine Dame von auswärtig, die sich angeblich eine Beleidigung des deutschen Kaisers zu schulden kommen ließ, durch Detektivs verhaftet. Die Verhaftenden hatten zufällig die inkriminirte Ausrufung mit angehört. —

In kolonialen Kreisen beklagt es noch den M. N. N. aufzufallen, daß von dem Gouverneur von Oahu, Oberst Liebert, der sich auf einem Zuge gegen die Wahehe befindet, noch keine Nachricht eingetroffen ist. —

Oesterreich. Prag, 6. September. Der gestern hier von dem Prager Bürgermeister Polubny eröffnete tschechische Stadtag war von 660 Theilnehmern besucht, unter denen sich mehrere Reichstags-Abgeordnete befanden. Nach Einbringung eines Fuldigungs-Telegramms an den Kaiser wurde einstimmig ein Beschlußantrag angenommen, der die Sprachenverordnungen mit dem Wunsch ihrer Aufhebung auf Schlesien lebhaft begründet. In einer scharfen Polemik gegen die deutschen Obstruktionisten ergab sich, daß die Zurückführung der Czechen bei der Besetzung hervortragender Verwaltungsstellen Klage erhebt und über die Haltung der Deutschen gegenüber den tschechischen Minoritäten, sowie über die Haltung einzelner Regierungsorgane gegenüber den Czechen Beschwerde führt. —

Frankreich. Paris, 5. September. (Fig. Ver.) Die parteipolitische Ausbeutung der Allianz-Trinkpräche hat sich bereits zu konkreten Vorschlägen verwickelt. Die Heißsporne der Regierungspresse agitiren für eine sofortige Auflösung der Kammer. Das reaktionäre Kabinet verjagt zwar über eine musterhafte servile Mehrheit. Aber man kann ja nie vor Ueberraschungen sicher sein, zumal die herannahenden Wahlen gar manchen ministeriellen Deputirten an die von ihm gewählten Wähler erinnern. Und dann läßt sich der Allianztrinkprache gegen die Sozialisten am besten ansprechen unter dem freudigen Eindruck der Allianz-Trinkpräche. Die tollgewordenen Reaktionen glauben allen Ernstes, die Trinkpräche würden jedes weitere Wahlprogramm ersetzen und eine verstärkte liberal-monarchistische-opportunistische Mehrheit aus den Unken hervorragen lassen. . . . Der Vorschlag ist erwähnenswerth als ein weiteres Zeichen des politischen

Verfalls der Bourgeoisie. Zur Durchführung wird er nicht kommen. Die anerkannt offiziellen Regierungsblätter haben nach einigen Tagen des Abwartens auf Kommando sich theoretisch für, praktisch aber gegen die Auflösung ausgesprochen. Daß die Auflösung unter den gegebenen Bedingungen ein frecher Versuch wäre, die Republik auch im Innern zu einem Anhängel des Kaiserreichs zu machen, dagegen haben die „republikanischen“ Preßorgane nichts einzuwenden. Sie befürchten aber das seit der Mac Mahon'schen Staatsrechts-Auflösung (16. Mai 1877) noch immer wirksame „Vorurtheil“ gegen jede Auflösung und sodann auch den Widerstand der ministeriellen Deputirten selber, die ja den vorzeitigen Mandatsverlust — vielleicht auf Nimmerwiedersehen — nicht münden können.

Die chauvinistische Presse sucht mit allen Mitteln ihrem Defizitpublikum weizumachen, daß die Allianz direkt auf die Revanche berechnet sei. Während die überaus nachdrückliche und wiederholte Betonung des friedlichen Charakters der Allianz durch das russisch-offizielle „Nowoje Wremja“, welches sogar deutlich zu versichern giebt, daß der deutsche Kaiser von den Allianz-Trinksprüchen im Voraus verständigt worden sei, — verschwiegen wird, benutzte man zum besagten Zweck eine gefälschte Uebersetzung des neuen Armees-Trinkspruches Wilhelm's II. Die auf die Vertheidigung des militärischen Betriebes Wilhelm's I. gegen jeden Einfluß und Einbruch von außen“ bezügliche Stelle war von den Depeschen-Agenturen durch die Deutlichmachung des Wortes: „Armees“ und die Uebersetzung der Worte: „Einbruch von außen“ mit „Revendication de l'étranger“ (Wiederherstellung des Auslands) in eine drohende Antwort auf die Kronstädter Trinkprüchle umgewandelt. Folglich, jodelten die Chauvinisten, sei die Allianz unabweisbar gegen das Deutsche Reich gerichtet. . . . Die „Petite République“ giebt der Meinung Ausdruck, daß die Regierung an der „Widrigkeit“ der Tscheche theilhaftig sei, da sie von jeder in parteipolitischen Interesse die mit der Allianz verknüpften Revanche-Illusionen nährt. —

Belgien. Brüssel, 8. September. In Belgien ringen zwei Parteien rühmlich um die Gunst der arbeitenden Klassen: die Merikalen und die Sozialisten. Die Merikalen spannen alle Segel auf, um unseren Parteigenossen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie haben für die Bauernvereine Milchwirthschaften, Hülfskassen, für die Arbeiter Volkshäuser, Spinnkassen, Hülfsvereine in das Leben gerufen. Jetzt errichten sie in allen größeren Industrie-Orten von Priestern (von „Almosensüßern der Arbeit“) geleitete Oefenwirthschaften, die je 100 Zimmer für Arbeiter, große Speise-, Spiel- und Vorlesefeste wie eine Kapelle enthalten. Diese Priester spielen und leben mit den Arbeitern. Der „Hamb. Corr.“, dem wir diese Nachrichten entnehmen, jammert dazu: „Die liberale Partei schläft und sieht alledem ruhig zu; erst bei den Wahlen erwacht sie, um — von den beiden anderen Parteien zerrieben zu werden. Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob den Merikalen oder den Sozialisten die unteren Wahlkreise zugefallen sind.“ —

Spanien. Ueber das Attentat auf den Polizeikommissar Portas liegen die nachfolgenden Mittheilungen vor. Die Pariser Blätter melden, lebte Sempau Barril bis Anfang Januar d. J. unter dem falschen Namen Juan Pizig in Paris und gab sich für einen Journalisten aus. Er wurde, ebenso wie Angiolillo, wegen Theilnahme an einer Demonstration gegen die spanische Völkerei ausgewiesen und begab sich sodann nach Brüssel und London.

Barril verbrachte die Nacht im Gefängnis unter Abhängen von revolutionären Rednern. Er wurde am Sonntag Vormittag nach dem Militärgefängnis transportirt. Im Verhör erklärte er, nicht Anarchist zu sein. Auf Portas will er deshalb geschossen haben, weil dieser ihn mit Haß verfolgt und ihn überall habe andeuten lassen. Die Regierung habe mögliche Befehlsmittel des Verfahrens angedeutet. Es verläutet, daß noch zwei andere Personen Schüsse auf Portas abgegeben haben; dieselben seien aber entkommen.

Aus Madrid wird vom 6. d. M. berichtet: Das Kriegsgericht in Barcelona ist gestern zusammengetreten, um gegen den Attentäter Barril zu verhandeln. Der Prozeß wird sehr beschleunigt. Heute oder morgen soll bereits die Hinrichtung erfolgen. Mithin sind nicht vorhanden. Die sozialistischen Blätter führen den Mord aus die Anarchistenföllerungen von Montjuich zurück.

Eine Nachricht aus Barcelona meldet: Der Staatsanwalt hat 40 Jahre Gefängnis beantragt, während die Vertheidigung eine Herabminderung der Strafe auf 8 bis 12 Jahre Gefängnis verlangt. Der Gerichtshof beräth die verschlossenen Thüren. —

Spanische Oereul. Im ersten Jullheft der „Revue Blanche“ findet sich eine nachträglich doppelt bedeutungsvolle Schilderung der von den Spaniern geübten Inquisitionen zu Portorico. Torrida del Marmol, der selbst unter den unglücklichsten Gefangenen gewesen ist, theilt darin Thatfachen mit, die sich bisher nicht leicht den Weg in die Oeffentlichkeit gebahnt haben. Die Wiener „Zeit“ giebt seine Ausführungen im wesentlichen wieder. Vor ungefähr drei Monaten gaben fünfzig Patrioten in Yanco (auf der Südseite der Insel, westlich von Ponce) den Ruf zur Selbstbefreiung aus. Die Bewegung schloßerte infolge des Verraths eines der Mitverschworenen. Es wäre nicht klug, in diesem Momente die Namen der Führer bekanntzugeben; aber soviel läßt sich sagen, daß unter den 140 Gefangenen, die sich bald in den Gefängnissen befanden, bloß zwei von den Insurgenten waren. Außerdem sandte der Statthalter der Insel Missionäre und Priester aus, die unter dem Vorwande, den Landleuten die Reichthümer abzunehmen, die Geheimnisse der Verschwörer zu erspähen suchten. Dieser Plan glückte aber nicht, da die Einwohner von Portorico nicht fanatischer sind als die Cubaner. Da nun auch keine weiteren Nachrichten darüber bekannt wurden, glaubte man schon, daß die weiteren Untersuchungen beigelegt seien und der Statthalter General Don Sabas Marin sich wohl hätte, in Portorico jenes Regiment einzuführen, das dem Präsidenten Canovas in Barcelona, Cuba und auf den Philippinen zu so trauriger Berühmtheit verholfen hat. Leider ist dem nicht so. Der Brief eines Amerikaners, den nur der Schatz seiner Regierung endlich den Händen der Holzernechte entreißen konnte, giebt darüber Aufschluß. Herr Naval, dies der Name des schwer genug gerüsteten Erzhäupters, schreibt unter anderem folgendes: Es geschah während eines politischen Gesprächs über die Parteien der Insel, daß ein Witwatterredner, ein mir unbekannter Herr, nach den Gendarmen rief und mich festhalten ließ. Ich wurde zum Richtplatz geführt, auf dem Wege dahin aber schon geschlagen, gefesselt und mit den Spitzen der Bajonnette gestochen. Die Kommission bestand aus einem spanischen Lieutenant und drei Offizieren der Gendarmen. Vor diesen wurde ich an einen Pfahl gebunden, vom Lieutenant beschimpft und von seinen Schergen geohrfeigt und beludelt. An diesen Pfahl gebunden blieb ich 24 Stunden, ohne Speise und Trank. Von Zeit zu Zeit wurde ich geschlagen und aufgefordert, die Namen der Verschwörer und andere Geheimnisse mitzutheilen. Da ich nichts sagen konnte, weil ich nichts wußte, wurde ich an einem Bein aufgehängt, neben einem anderen Unglücklichen, der an einem Arm hing. Man ließ uns heftig gegen einander. Unser Jamern und Bitten half lange nichts. Als wir endlich herabgenommen wurden, fielen wir beide ohnmächtig zu Boden. Die Foltern wurden aber noch gesteigert. Man legte mich auf Eisenspitzen und gab mir Daumensträuben. Dabei wurden mir fortwährend Namen vorgeschrien, die ich nicht kannte und, bewußtlos vor Schmerz, nachsprach. Endlich, um meine „Entfaltungen“ zu hören, befreite man mich aus dieser Lage und steckte mich ins Gefängnis. Hier lernte ich meine zahlreichen Leidensgefährten kennen, die heute noch immer dort schmachten. Ich vermute es bloß meiner Nationalität und dem Stande, der kurz vorher durch die Ernennung des Dr. Ruiz verursacht worden war, daß ich frei kam. Soweit der Bericht des Amerikaners. Marmontel schließt daran die Worte: Viel mehr als die Bewegung von Yanco wird diese Grausamkeit der Foltern zur Revolte führen. Die unglücklichen Ein-

wohner von Portorico werden versuchen, sich unabhängig zu machen durch das Recht der Macht, da sie nun endlich davon überzeugt sind, daß sich die Macht des Reiches mit dem canovistischen Regiment nicht verträgt. —

Von den kolonial-Kriegsplanen werden wieder nur Siege gemeldet; so telegraphirt aus Havana, daß bei den letzten Zusammenstoßen 141 russländische getödtet wurden und 223 sich ergeben haben; 89 spanische Soldaten wurden verwundet.

Nach Meldungen aus Manila hatten die russländischen in mehreren Gefechten einen Verlust von 228 Todten und 44 Gefangenen. Von den spanischen Truppen wurden drei Mann getödtet, neun verwundet. Der Insurgentenführer Aguinaldo wird durch Truppenabtheilungen verfolgt.

Natürlich kommen beide Meldungen aus Madrid, sie sind charakteristisch für die ebenso verlogene wie erfundungsarme Kriegsberichterstattung der Spanier. Würden die Spanier nicht so große Differenzen in den Verlustzahlen der Regierungstruppen und der Insurgenten anführen, so könnte man ihnen eher einmal Glauben schenken. —

Portugal. Den armen Kapitalisten spielt die portugiesische Staatsschuldenverwaltung böse mit. Schon bisher zahlte sie möglichst wenig von ihren fälligen Pfafen. In diesem Jahre soll von den Kuponen der 4 1/2prozentigen Obligationen, die zum großen Theile in Deutschen Händen untergebracht sind, bloß der fünfte bis sechste Theil im Vergleich zum Vorjahre und noch nicht einmal die Hälfte des 1894er Betrages eingelöst werden. Hoffentlich wird nicht verlangt, daß wir im Interesse der deutschen Gläubiger unsere Flotte vor Lissabon stationiren müssen. Wundern würden wir uns nicht, wenn man die uralten Flottenpläne u. a. mit den leichtfertigen Anlagen deutscher Kapitalisten in fremden Werthpapieren begründen würde. —

Polen. Eine neue Enttäuschung für die Polen ist der letzte Grenzbesuch in Warschau gewesen. Wohl hat der Kaiser einige polnische Aristokraten und Aristokratinnen mit Hofchargen begleitet und in Aussicht gestellt, daß einer seiner künftigen Generalgouverneure von Kongreßpolen werde, wirkliche KonzeSSIONen sollen aber nicht gemacht werden, sondern die verhassten Russifizierungsmassnahmen auf weitere Gebiete ausgedehnt werden. —

Bulgarien. Ein neuer Gewaltakt bulgarischer Beamter. Vor einigen Tagen brachte das „Wiener Tagblatt“ einen Bericht über einen Gewaltakt, der von mehreren bulgarischen Beamten und dem Präfekten von Staro-Zagora in Oh-Rumelien gegen eine ungarische Staatsangehörige, die Wirthin Helene Kroner, verübt worden sein soll. Diefem Berichte zufolge haben die betrunkenen bulgarischen Beamten versucht, der Kroner Gewalt anzuthun, und sie, als sie Widerstand leistete, mißhandelt und schwer verletzt. Helene Kroner habe sich deshalb beim Präfekten von Staro-Zagora beschwert, dieser aber habe sie durch Gendarmen über Burgas und Warna nach Ruschikuf eskortiren lassen, um sie über die Grenze zu bringen. Erst in Ruschikuf sei sie durch das österreichisch-ungarische Konsulat aus der Gewalt der Gendarmen befreit worden. Die Frau sei körperlich und geistig ganz gebrochen und materiell zu Grunde gerichtet. Jetzt wird nun durch die „Politische Korrespondenz“ mitgetheilt, daß die österreichisch-ungarische diplomatische Agentin in Sofia auf die Nachricht von der angeblichen Mißhandlung der Helene Kroner sofort vom Minister des Aeußeren beauftragt worden ist, den Thatbestand unverzüglich zu erheben und darüber auf telegraphischem Wege Bericht zu erstatten. —

Amerika. Deutsche Agrarierpraktiken gegen deutsche Produkte. Der deutsche Konsument kennt nur zu gut die räuberische Praxis der deutschen Großgrundbesitzer für seine Gesundheit, daß häßliche Rufen nach Grenzabschließungen gegen das amerikanische Schwein, das dänische Rindvieh, die russische Gans, das ungarische Geflügel, das basiliensche Getreide u. s. w. u. s. w. Wir sind nun begierig zu hören, was die Agrarier sagen, wenn die Amerikaner den Spieß umdrehen, wozu sie sich nun anschicken. Den „Financial News“ wird aus New-York vom 1. d. M. gemeldet, es verlautet dort, Gerichtshöfe im Staate Ohio hätten entschieden, daß der deutsche Zucker verfälscht sei und daß diejenigen, die ihn verkaufen, sich strafbar machen würden. Die Entscheidung der Gerichtshöfe soll auf Grund des Umstandes erfolgt sein, daß die Regierung-Chemiker einen farbigen Stoff in dem deutschen Zucker gefunden hätten. Es bleibt abzuwarten, ob diese Nachricht sich bestätigt. Da der Zucker-Trust in letzter Zeit wiederholt Anstrengungen gemacht hat, im Interesse der besseren Verwertung seiner Vorräthe die fremde Einfuhr zu erschweren, so dürfte die Entscheidung des Ohio Gerichtshofes vielleicht auch in diesem Falle auf Machinationen des Trusts zurückzuführen sein.

Die Geschichte wäre überaus komisch, wenn die armen Konsumenten bilden und drücken nicht zuletzt die Zähne zu zahlen hätten, wenn eben durch die gegenseitigen unaufrichtigen Repressalien die Preise nicht hinausschnellen würden. —

Die Wilden haben es besser. Während über uns das Gepens der uralten Flottenpläne schwebt, will Chile aus Ersparnisrückichten einen Theil seiner Flotte außer Dienst stellen. —

Partei-Nachrichten. Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Landsberg-Edlin, die am Sonntag in Landsberg abgehalten wurde, war von 14 Delegirten besucht. Dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes zufolge betragen die Einnahmen 404 M. und die Ausgaben 343 M., so daß ein Kassenbestand von 61 M. blieb. Agitationstouren durch den Kreis wurden zwei unternommen, die Aufnahme unserer Genossen seitens der ländlichen Bevölkerung war gut. Betreffs der Frage der preussischen Landtagswahlen erklärte sich die Konferenz im Prinzip für Theilnahme, läßt jedoch ihren Delegirten für den Provinzialparlament freie Hand. Von der Besichtigung des Hamburger Parteitages wurde Abstand genommen. Dem Kreis-Vertrauensmann warthe man den Genossen R. Kayser in Landsberg, Rüstingstr. 29, einstimmig wieder. Als Delegirte zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Kayser aus Landsberg und Persick aus Werlinden gewählt.

Im Bericht über die Parteikonferenz des Wahlkreises Frankfurt-Lebn, der in der Sonntag-Nummer veröffentlicht wurde, ist irrtümlich gesagt, daß von den Einnahmen des Vertrauensmannes 1291,90 M. aus Frankfurt eingekommen seien. Es handelt sich nicht um Frankfurt, sondern um Frankfurt a. O.

Die Sozialdemokratie des Wahlkreises Merseburg-Cuerfurt hielt am Sonntag in Schleuditz ihren diesjährigen Kreis-tag ab. Derselbe war von Parteigenossen aus 8 Oertschaften besucht. In Beziehung auf die preussischen Landtagswahlen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Kreis-tag ersucht den Parteitag in Hamburg, den Beschluß des Kölner Parteitages betreffs der preussischen Landtagswahl aufzuheben und zu bestimmen: Es bleibt den einzelnen Wahlkreisen überlassen, ob und in welcher Weise sie sich an der Landtagswahl theilnehmen wollen.“

Als Kandidat für die nächste Reichstagswahl wurde Genosse Mittag aus Halle aufgestellt, der auch als Delegirter zum Parteitag in Hamburg gewählt wurde. Der Sitz des Agitationskomitees wurde nach Schleuditz verlegt.

Der Provinzial-Parteitag für Schleswig-Holstein, Hamburg, Lauenburg und Fürstenthum Lübeck, der am Sonntag in Reumünster zusammentrat, war von 44 Oertschaften mit 86 Delegirten besucht. Aus den Berichten der Agitationskommission ist das folgende hervorzuheben. In der Zeit vom 1. September 1896 bis 30. September 1896 betrug die Einnahme 681,56 M., die Ausgabe

6488,26 M.; vom 1. Oktober 1896 bis 31. August 1897 wurden 6402 M. eingenommen und 5214,46 M. ausgegeben. Der jetzige Kassenbestand beträgt 1277,94 M. Der Hamburger Streik hat die finanziellen Kräfte der Parteigenossen sehr in Anspruch genommen. Die Agitationstouren der Frauen Kähler und Jhrer und der Genossen Paul Hug und Legien sind gut verlaufen. Der „Norddeutsche Volkskalender“ wurde in einer Auflage von weit über 100 000 Exemplaren vertheilt. Bei den Kommunalwahlen sind vielerorts Erfolge errungen worden. In Beziehung auf die Meißner ist ein fester Fortschritt zu verzeichnen. Die Verbreitung unserer Presse ist verhältnismäßig gut.

Ueber die preussischen Landtagswahlen referierte Abg. Frohme. Er legte zunächst die allgemeinen Gesichtspunkte dar, die bei der Theilnahme an den Parlamenten bisher maßgebend gewesen sind, und verwies auf den Beschluß des Halle'schen Parteitag, der den Parteigenossen empfiehlt, überall da an den Wahlen sich zu betheiligen, wo Erfolge, seien sie auch nur propagandistischer Natur, zu erwarten stehen. Schon 1882 ist Frohme für die Theilnahme an den Wahlen für das preussische Abgeordnetenhaus eingetreten. Damals habe man ihm deshalb in Jülicher „Sozialdemokrat“ Prinzipienverleumdung vorgeworfen. Doch mit der Zeit sei Gras über die Geschichte gewachsen und 1893 habe Genosse Bernstein, der ihn damals so scharf entgegengetreten war im „Sozialdemokrat“, selber die Theilnahme an den Wahlen empfohlen. Der preussische Landtag habe sich als das zuverlässigste Element der offiziellen Reaktion und die Partei der Junker als eine solche erwiesen, die bestrebt sei, ihrer preussischen Junkerpolitik ganz Deutschland zu unterwerfen. Die Erkenntnis dieser Thatsache sei es, die jetzt die Parteigenossen veranlaßt, so lebhaft die Frage der Theilnahme zu erörtern. Die Reaktion erobere eine Position nach der anderen in Preußen, der dominirenden Macht Deutschlands. Das sei es, was so viele Parteigenossen noch nicht beachtet. Wir ständen vor einer nationalen Gefahr, das sollten wir nicht vergessen. Der jetzige Landtag würde niemals die Hand dazu bieten, das Reichstags-Wahlrecht einzuführen und da kommen wir mit dem Hinweis auf die Eroberung des Wahlrechts nicht weiter. Es sei nicht zu bestreiten, daß die Sozialdemokratie eine ganze Menge Berührungspunkte mit dem Liberalismus habe. Der zweite Theil unseres Programms weist eine Menge von Punkten auf, die Gemeingut aller rechtlich und human denkenden Menschen geworden seien. Wir hätten das Erbgut des Liberalismus angetreten. Sowohl wie wir genöthigt seien, gemeinsam mit bürgerlichen Parteien parlamentarisch zu arbeiten, sowohl wie ferner genöthigt seien, politische Abschlagszahlungen anzunehmen, so sehr seien wir nun auch genöthigt, nichts zu veräumen, um der Reaktion Abbruch zu thun. Die Schwächlinge, die sich selber nicht trauen, die sich nicht hinauswagen über den Boden der Theorie, das seien immer die Stärklinge, die Felsen, die am meisten sich zutrauen und über Kompromiß jeteren und die Ehre und das Ansehen der Partei in Gefahr sehen. Frohme schlug folgende Resolution vor: „Der Provinzial-Parteitag erklärt: Es erscheint dringend geboten, daß der die preussischen Landtagswahlen betreffende (Köln)er Beschluß aufgehoben wird, insbesondere, insofern er die Parteigenossen in Preußen geradezu verpflichtet, sich jeder Theilnahme an diesen Wahlen zu enthalten. Die immer mehr zu einem Entscheidungskampfe gegen die reaktionären Gewalten drängende innerpolitische Lage macht die entgegengesetzte Taktik zur Pflicht. Doch dürfte es angeeignet sein, die Theilnahme zunächst zu beschränken auf energische Unterstützung derjenigen bürgerlichen Parteien, welche mit der Sozialdemokratie vielfach rücksichtlich der Rothwendigkeit entschiedener Bekämpfung jungerlich-reaktionärer Mächte übereinstimmen.“

Das Hirsch-Dunder'sche Blatt „Der Gewerksverein“ hatte behauptet, daß unser Genosse Reichstags-Abgeordneter Möller sich auf dem letzten internationalen Bergarbeiter-Kongress als zur „Partei Richter“ gehörig bezeichnet hätte. Diese alberne Lüge — man sollte es nicht für möglich halten — ging durch einen großen Theil der Presse. Um alle Zweifel zu beseitigen, wandte sich Genosse Möller nach England an Frau Dr. Kveling, damit diese bei der Person, der gegenüber sich Möller als zur „Partei Richter“ gehörig bezeichnet haben soll, Auskunft hole. Die Folge war nachstehender Brief: „Geehrter Herr! Durch die Freundlichkeit der Frau Doktor Kveling erfahre ich, daß die Behauptung unläufig, ich hätte mich in den Tagen um den 1. Juli irgend einer unbekannt Persönlichkeit gegenüber hier in England dahin geäußert, daß Sie mir gelegentlich Ihres jüngsten Besuches unseres internationalen Bergarbeiter-Kongresses erzählt hätten, Sie gehörten jetzt zur „Partei Richter“. Erlauben Sie mir die Bemerkung, daß diese Behauptung eine reine Erfindung ist, da ich bei der erwähnten Gelegenheit — insolge persönlicher Unwohlens — garnicht mit Ihnen gesprochen habe. Ich habe niemals irgend jemandem gegenüber dergleichen behauptet. Ich nehme an, daß wie in England so auch in Deutschland Parteimagagnen in der Absicht, politisches Kapital zu schlagen, Lügen in Umlauf setzen, indem sie sich einbilden, daß wenn sie den Teufel rüchdris auf's Pferd setzen, es sie niemals einholen wird. Mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener Sam. Woods.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

An die Parteibodenleger! Kollegen! Laut Beschluß einer am letzten Mittwoch stattgefundenen Parteibodenleger-Versammlung ist über die Firma Rosenfeld u. Cie. hier, Mohrenstraße, wegen Nichtbezahlung unseres 1896er Lohnzittars die Sperre verhängt worden. Es ist dieses in der kurzen Zeit von 2 Jahren das dritte Mal, daß wir gezwungen sind, gegen diese Firma Stellung zu nehmen. Kollegen, wir ersuchen Euch nun dringend, darauf zu achten, daß kein Bodenleger für Rosenfeld u. Cie. arbeiten ausführt, auch sämtliches Material, welches die Firma Rosenfeld u. Cie. auf den Markt bringt, nicht zu verlegen. Nur dadurch wird es uns möglich sein, unserer gerechten Forderung Nachdruck zu verleihen. Darum sei unsere Lösung: „Kein Bodenleger nehme bei der Firma Rosenfeld u. Cie., Mohrenstraße, Arbeit und kein Kollege verlege das von der Firma auf den Markt gebrachte Material. Die Kommission.“

An die Kammmacher und Berufsgenossen. Kollegen! Die Anregung von unserer Seite, daß die verwandten Gewerbe der Drechsler, Kammmacher und Birstenmacher ihre Branchenversammlungen gemeinsam abhalten, ist allseitig begünstigt worden und der erste Versuch ist geglückt. In der Folge müssen denn auch die Werksattbesprechungen gemeinsam abgehalten werden und ersuchen wir unsere Kollegen, dieselben zahlreich zu bescheiden, damit es uns gelingt, im Verein mit unseren Arbeitsbrüdern die miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche zu heben. Die Werksatt-Kontroll-Kommission der Kammmacher und Berufsgenossen.

Die Feilenhauer beschloßen in einer Versammlung am 7. August mit dem 1. September aus dem „deutschen Metallarbeiter-Verein“ auszutreten und eine besondere Organisation zu gründen. Sie glauben so eher im Stande zu sein, ihre Berufsgenossen zur Organisation heranzuziehen. Die Versammlungen finden an jedem Sonntag nach dem 15. des Monats bei Meißner, Chausseest. 72 statt.

Deutsches Reich.

Achtung, Arbeiter! Aus unser Bureau kommen fast täglich Arbeiter, die aus West- und Ostpreußen, Schlesien, Brandenburg, Sachsen, Hessen-Nassau, Süddeutschland, Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Belgien u. neuerdings in den Ruhrbezirk verjogen sind. Eben sind wieder mehrere Leute bei uns, die uns folgendes mittheilen:

Der Agent Karl Polenz in Bochum, Wollfplatz Nr. 36, war in unserem Orte, der im Kreis Gerbarden, Regierungsbezirk Königsberg liegt, und sucht per Plakate (1) Arbeiter für eine neue Fabrik in Weßfalen, wo bei achtkündiger Arbeitszeit 4,50 M. bei der Anfertigung von Kisten u. (2) verdient würden. 56 Mann aus unserer Gegend folgten dem Rufe und wurden auf dem

Bochumer Bahnhof von einem Gefährt der — Zeche „Dannenbaum“ erwartet. Auf der Zeche angekommen, erfuhren wir, daß wir für 2,80—3,00 Mark unterirdische Arbeit machen sollten. Blieben wir bis zum 1. Oktober 1898 auf der Zeche, so brauchten wir nicht das Reisegeld (1) zurückzugeben. — Unter diesen Umständen verzichteten wir auf die Anlegung auf „Dannenbaum“, da wir uns für oberirdische Arbeit engagieren ließen. Wir sind nun hier im fremden Lande mittellos. Die Bochumer Polizei wies uns mit unseren Beschwerden ab, dasselbe thaten die Herren am Berg-Gewerbegericht. Wir müssen nun sehen, unterzukommen. Im Oktober werden aus unserer Gegend noch viele Arbeiter mit Familie in das Ruhrgebiet verziehen. Wir können unsere Landsleute nicht genug davor warnen, den Versprechungen der Agenten Gehör zu schenken.“

Diese Mittheilungen der geläuschten Zuzügler rechtfertigen voll auf die Warnung, welche wir vor einiger Zeit in bezug auf die Einwanderung in das Ruhrgebiet erließen. Nochmals wiederholen wir: Bleibe jeder Arbeiter in seiner Heimath! Im Ruhrgebiet liegt das Geld so wenig auf der Straße wie anderwärts. Im übrigen hoffen wir, daß die Behörde dem Treiben der Agenten, wie es oben gekennzeichnet ist, einen Riegel vorschiebt. Der Vorstand des „deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Vereins“, Bochum, J. A.: Joseph Brangenberg, Johannerstr. 22.

Endgiltiges Ergebnis der Urabstimmung im Verbands der deutschen Buchdrucker. Abgegeben wurden 18 616 Stimmzettel, hiervon waren ungültig 891. Auf Frage 1, ob die auf Grund der Beschlüsse des Leipziger Pfingstkongresses entwickelte Thätigkeit der Opposition gegen das Verbandsinteresse gerichtet sei, antworteten 13 759 Mitglieder mit Ja und 4601 mit Nein. Auf Frage 2, ob gegen die Verbandschädiger auf Grund des Status vorging werden solle, stimmten 13 251 mit Ja und 5164 mit Nein. Die Differenz zwischen den gültigen Stimmen und den auf Frage 1 und 2 abgegebenen kommt daher, daß auf diesen Stimmzetteln nur eine Frage beantwortet wurde.

Der Knappenverein in Ober-Waldenburg hatte an einem Sonntag im Monat Juni einen Spaziergang zum Gastwirth Pohl in Blumena u. unternommen und wurde dort von dem Kolporteur Krähig aus Wälsiedersdorf in einer Ansprache bewillkommt. Am Schlusse der Ansprache hatte Krähig die Frauen aufgefordert, fest und treu ihren Männern beizustehen, damit die Arbeiter endlich einmal aus den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaft befreit würden. Der Gendarm Janda betrachtete dies als eine Rede und berichtete darüber an seine vorgesetzte Behörde, die denn auch Anklage erhob, und zwar gegen den Gastwirth Pohl, weil er sein Lokal zu einer Versammlung hergegeben hatte, für welche die Anmeldebefcheinigung nicht vorlag; ferner gegen den Kolporteur Krähig, weil er in dieser Versammlung als Redner aufgetreten sei, und gegen den Bergbäuer Burghardt, weil dieser sie geleitet haben sollte. Vor dem Schöffengericht in Wälsiedersdorf beantragte der Amtsanwalt gegen Pohl und Burghardt je 30 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis, gegen Krähig aber 300 Mark oder 1 Monat, weil dieser in der nicht angemeldeten Versammlung eine aufreizende Rede gehalten hätte. Der Amtsanwalt meinte, das Verzeihrecht sei unzweifelhaft übertrieben worden, daß würde in der Gegend immer so gemacht, der Angeklagte Krähig wisse die Sache schon zu bemängeln. Das Schöffengericht konnte aber in der harmlosen Landpartie eine politische Versammlung nicht erblicken, sondern sprach alle Angeklagten frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last.

Die Mechaniker werden gebeten, den Bezug nach der Bogenlampen-Fabrik von Rüd u. Holten in Straß und fernzubehalten, da sich die Arbeiter in Differenzen mit den Unternehmern befinden.

Der Tischlerstreik in Kostock ist nach nunmehr sechzehn-wöchentlicher Dauer auf Beschluß einer öffentlichen Tischlerversammlung für beendet erklärt. Nach vorheriger Unterhandlung mit den Arbeitgebern sind die Streikenden bis auf 12 zum größeren Theile zu erhöhten Löhnen sogleich wieder eingestellt worden. Da ein Theil der Ausständigen noch unterzubringen ist, wird dringend ersucht, den Bezug von Tischlern nach Kostock bis auf weiteres fernzubehalten.

Die Leipziger Buchbinder beschloßen ihren mit den Meistern aufgearbeiteten und meist anerkannten Lohnzittar dadurch zur vollen Geltung zu bringen, daß sie 1. gegen diejenigen Prinzipale, die den Streik nicht anerkannt haben, mit allen gesetzlichen Mitteln vorgehen wollen, 2. bei den staatlichen und städtischen Behörden dahin wirken, daß sie ihre Buchbinderarbeiten nur an die den Tarif zahlenden Prinzipale vergeben und 3. bei den nächsten Verhandlungen mit den Prinzipalen festzusetzen, was Gehilfen- und was Mädchenarbeit sei. Weiter wurde beschloßen, diejenigen Prinzipale, die bisher noch keine schriftliche Anerkennung des Tarifs abgegeben haben, hiermit bis zu einem noch näher zu bestimmenden Termin zu ersuchen. Die Versammlung war von etwa 1500 Personen besucht.

Die Granitsteinbruch-Arbeiter zu Diesa haben am 2. September sämmtlich, 18 an der Zahl, wegen Lohnzittardifferenzen die Arbeit niedergelegt. Der Steinbruch gehört der Firma Worch u. Komp. in Berlin.

Ausland.

Aus Mährisch-Ostau wird bereits wieder ein Bergarbeiter-Ausstand gemeldet. Die Vergleite der Kohlengrube von Michalkowitz legten die Arbeit nieder, um eine Lohnerhöhung von 25 pCt. durchzusetzen.

In acht Wiener Feilenhanereien sind die Forderungen der Arbeiter anerkannt worden und ist in diesen die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Die Vndapester Bauarbeiter dürften den Streik kaum noch lange aushalten können. Es gerücht ihnen an allen Mitteln, die Streikenden konnten nur durch Vertheilung von Brot unterstützt werden. Aber selbst, wenn der Streik aufgehoben werden müßte, so meint die Wiener „Arb.“ Ztg., würde doch eine Erhöhung der Löhne eintreten müssen, denn es haben gegen 6000 Arbeiter die Stadt verlassen; durch die Zurückgebliebenen kann der Bedarf nicht im entferntesten gedeckt werden. Das Verlangen nach Arbeitskräften wird die Löhne steigern.

Belgische Streiks im Monat Juli. Den Berichten des belgischen Arbeitsamtes zufolge haben im Monat Juli in Belgien 20 Streiks stattgefunden. Theilhaftig daran waren 56 Betriebe mit 20 800 Arbeitern. Die Mehrzahl davon entfällt auf den im Monat Juli noch fortwährenden Bergarbeiter-Streik. Das Streikmotive war bei 8 eine Erhöhung der Löhne, bei 9 handelte es sich um Wiedereinstellung entlassener Arbeiter, bei zweien um die Arbeitsordnung; die übrigen Streiks wurden geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren, um Verlängerung der Arbeitszeit u. s. w. Von den 12 Ausständigen, deren Beendigung im laufenden Monate gemeldet wurde, waren für die Arbeiter nur 3 mit 400 Arbeitern von Erfolg begleitet, die 9 anderen mit 19 500 Arbeitern endeten mit einer Niederlage.

Aus Mailand wird der „Zef.“ Ztg. gemeldet, daß 15 000 Arbeiter der Tuchfabriken in der Umgebung von Biella den Fabrikanten eine Denkschrift überreicht hätten, die einen allgemeinen Ausstand androhe, falls eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes nicht bewilligt würden.

Vom Kampfe der englischen Maschinenbauer. Daß es den Unternehmern in letzter Linie um die Vernichtung der Maschinenbauergewerkschaft zu thun ist, geht aus einem „vertraulichen“ Zirkular hervor, welches soeben von dem Verein zum Schutze der freien Arbeit an die Betriebsinhaber versandt worden ist, und wovon ein Exemplar aus den Redaktionsbüchern der „Daily Chronicle“ sich verirrte. Das Schreiben gibt bekannt, daß die namhaftesten Vertreter der Maschinenbau-Industrie (u. a. auch Herr Siemens) dem Verein beigetreten seien. Der Verein bezweckt die Herbeiführung von Gesetzen zum Schutze der freien Arbeiter, d. h. der Nicht-Gewerkschaftler. Alle Streiks sollen von ihm streng überwacht werden; dem die Industrie schädigenden und verzerrenden Vorgehen des „New-Unionismus“ soll entgegengetreten werden.

Was wird Herr Hugo Brentano und was werden die deutschen Unternehmer, die den vertranten deutschen „Sozialdemokratischen“

Gewerkschaften mit ihren „Utopistereien“ häufig genug die englischen Trades-Unions als Vorbilder empfohlen haben, dazu sagen? Mit dem Namen: „New-Unionismus“ belegte man besauntlich in England diejenige Richtung der gewerkschaftlichen Bewegung, welche durch den politischen Kampf auf dem Wege der Gesetzgebung Vortheile für die Arbeiterschaft zu erlangen trachtete; diese Richtung ist in England erst seit etwa 10 Jahren vertreten; die Maschinenbauer aber sind eine Gewerkschaft alten Stils, was obige Aeußerung nur noch interessanter macht.

Am letzten Sonnabend haben 22 784 Mitglieder der Maschinenbauer-Gewerkschaft Streikunterstützung erhalten; durch die vielen Unterstügungen, die von anderen Gewerkschaften regelmäßig einlaufen, hat sich die Summe, welche aus den Fonds der genannten Gewerkschaft zugelegt werden muß, bis auf 5000 Pfund Sterling (100 000 M.) pro Woche vergrößert. In London haben nun 230 Firmen den Achtstundentag bewilligt. — Die Nachricht, daß in Belgien eine Verständigung herbeigeführt sei, wird widerrufen.

Den Lokomotiven- und Wagenbauern der Nord-Britischen Eisenbahn-Gesellschaft ist mitgetheilt worden, daß von jetzt bis auf weiteres an den Sonnabenden die Arbeit zu ruhen hat. Betroffen werden von dieser Maßregel 8000 Arbeiter; mit dem Konflikt in der Maschinenbau-Industrie hat diese Arbeitseinschränkung nichts zu thun; sie erfolgt lediglich aus Mangel an Arbeit.

Soziales.

Fleischverbrauch in Deutschland. In dem VI. Bande des soeben erschienenen statistischen Jahrbuches deutscher Städte bespricht Dr. E. Hirschberg den Auftrieb der Vieh- und Schafzucht. Danach wurden in 22 Großstädten mit 6 100 000 Einwohnern 581 000 Rinder, 2 000 000 Schweine, 852 000 Rälber und 786 000 Hammel geschlachtet. Den Gesamtkonsum an Fleisch in den einzelnen Städten zu berechnen ist nach Lage der Statistik unmöglich, jedoch hat Dr. Hirschberg für das Jahr 1895 den Verbrauch von frischgeschlachtetem Fleisch pro Einwohner berechnet. Das Merkmal dieser Berechnung ist, daß das Gewicht auf den Kopf des Einwohners treffende Fleischgewicht in Wiesbaden mit 102,21 Kilogramm am höchsten war; es folgen Lübeck mit 97,68, Mannheim mit 79,90, Kiel mit 78,82, München mit 78,82, Meß mit 70,72 Kilogramm. Die niedrigsten Zahlen weisen auf: Altona mit 58,81 Kilogramm, Barmen mit 59,03, Halle mit 42,01, Potsdam mit 43,89, Dortmund mit 44,78, Königsberg mit 45,38 Kilogramm. Berlin zeigte 60,30 Kilogramm, der gesammte Fleischkonsum einschließlich des Geflügels belief sich jedoch auf 78 1/2 Kilogramm. Die Ursachen dieser Verschiedenheiten sind u. a. in der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf, wie in den örtlich verschiedenen Gewohnheiten der Bevölkerung bei der Ernährung, in der Höhe der Preise u. s. w. zu suchen; das wohlhabende Städte wie Wiesbaden, Lübeck, oder Städte mit großer Garnison wie Meß obenan stehen, dagegen Städte mit großer Arbeiterbevölkerung wie Altona, Barmen, Dortmund unten stehen, ist erklärlich.

In der Art des konsumierten Fleisches zeigen sich ebenfalls starke Gegensätze. Der Antheil des Rindfleischs an dem Konsum erscheint mit 58 pCt. am größten in Lübeck. Es folgen Altona, Karlsruhe, Straßburg mit 53 pCt. In Halle waren nur 28 pCt. in Spandau nur 29 pCt. des frischen Fleisches Rindfleisch. Der Antheil des Kalbfleisches war weitest am größten in München und Wiesbaden (23 und 22 pCt.), 16,90 und 22,41 Kilogramm pro Kopf), des Schweinefleisches in Königsberg, Spandau, Mannheim (50 und 58 pCt.), des Hammelfleisches in Altona (10 pCt.), des Pferdefleisches in Altona, Bochum, Halle (je 6 pCt. und 2,28 bezw. 3,39 bezw. 2,37 Kilogramm pro Kopf). In Berlin kamen von 100 Kilogramm frischen Fleisches 32 auf Rind-, 7 auf Kalb-, 51 auf Schweine-, 8 auf Hammel- und 2 auf Pferdefleisch.

Aus Offen verlautet, die Mehrzahl der dortigen Kreisämter beabsichtige demnächst eine Polizeiverordnung zu erlassen, wodurch den Wirthen die Verwendung von Schulkindern zum Regelaussuchen bei Strafe verboten werden soll. Veranlassung hierzu hätten zahlreiche Klagen der Lehrer bei der Schulbehörde gegeben, wonach Kinder, die nicht selten bis spät in die Nacht hinein zum Regelaussuchen verwendet wurden, am folgenden Tage für den Unterricht untauglich und auch sittlichen Gefahren ausgesetzt waren.

Soziale Rechtspflege.

Die Firma Hoffmann u. Kühnemann hat den Former B. beim Gewerbegericht verklagt und beantragt, ihn zur Zahlung von 36,72 M. zu verurtheilen. Ihr Vertreter machte im letzten Termin vor der Kammer V geltend, der Beklagte schulde ihr an Vorschüssen noch 59,10 M., sie wolle jedoch aus gutem Willen dem Manne außer 3,88 M. für zwei Zahnräder noch 18 M. für eine angefangene und vom Beklagten liegen gelassene Arbeit gewähren, obwohl sie dazu nicht verpflichtet sei. Der Herr beruft sich auf die Arbeitsordnung der Klägerin, wonach der Arbeiter keinen Anspruch habe, wenn er den begonnenen Auftrag ohne Entschuldigung unvollendet lasse. In diesem Falle hatte der Streik der Former die Unterbrechung des Auftrags bewirkt. Während sich andere mit der Firma geeinigt hätten, war der Beklagte bei ihr nicht wieder in Arbeit getreten. Er erhob eine Gegenforderung und betonte, man könne ihn nicht für gewissen Ausschuss, der ihm angedreht worden ist, verantwortlich machen. Der Vertreter der Firma berief sich abermals, und dies ausschließlich, auf seinen Sachverhalt, die Arbeitsordnung der Fabrik. Nach einer ihrer Bestimmungen müssen nämlich Einwendungen gegen die Lohnberechnung bis zum nächsten Mittag gemacht werden. Der Beklagte bestritt nicht, daß er am Tage nach der Abrechnung nichts dagegen eingewendet hat, obwohl der Lohnzettel die Bemerkung enthielt, daß B. und sein Mitarbeiter die fragliche Summe noch der Firma schuldeten. Indessen glaubte er, die Verbindlichkeit der Arbeitsordnung für sich ansetzen zu können. Er habe zwar unterschrieben, daß er die Arbeitsordnung anerkenne, es sei ihm aber entgegen der gesetzlichen Vorschrift kein Exemplar ausgehändigt worden. Der Gerichtshof, dem Herr Helmig vorlag, hielt das für unerheblich und verurtheilte den Former gemäß dem Klageantrage zu 36,72 M. Mit seiner Widerklage wurde B. abgewiesen. Die Kammer folgte der klagernden Firma darin, daß die Arbeitsordnung hier allein den Ausschlag gebe. Es sei entscheidend, daß Beklagte die rechtzeitige Reklamation versäumt habe. Die Aufschrift des Lohnzettels gelte deshalb als anerkannt.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Eger, 6. September. (B. H.) Der Redakteur Jofier von den „Egerer Nachrichten“ ist wegen Hochverrats aus Anlaß einer in Leipzig gehaltenen Rede verhaftet worden.

Admont in Steiermark, 6. September. (B. H.) Der Präter Ebmar aus dem Stift Admont starb vom Hegenharn ab und blieb todt.

Paris, 6. September. (B. Z. B.) Nach einer Meldung des „Matin“ dürften der Volschafier Lozö in Wien und Gouverneur von Algier Gambon ihre Stellung tauschen.

In der Kirche Sacré-Coeur wurde ein Avarist verhaftet, welcher dem Pfarrer während der Predigt Schimpfworte zurief.

Paris, 6. Sept. (B. Z. B.) Der Orientalisten-Kongress wurde heute hier eröffnet. Der Unterrichtsminister Rambaud begrüßte in seiner Eröffnungrede die ausländischen Mitglieder des Kongresses und erinnerte an die stetigen Fortschritte, die seit dem ersten im Jahre 1873 in Paris abgehaltenen Kongresse gemacht worden.

Florenz, 6. September. (B. Z. B.) Heute früh gegen 4 1/4 Uhr wurde hier ein starker 2 1/2 Sekunden währendender wellenförmiger Erdstoß verspürt, welcher in der Richtung von Südwesten nach Nordosten verlief.

Barcelona, 6. September. (B. H.) Die Polizei hat gestern in den Vororten von Barcelona viele Verhaftungen vorgenommen.

Konstantinopel, 6. September. (B. H.) Aus griechischer Quelle wird die Meldung demittirt, wonach Murad Bey, der Chef der Jungtürken, die Flucht ergriffen haben soll.

Mox Poding in Berlin. Hierzu 2 Velocipeden u. Unterhaltungsblatt

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1896.

Tabelle III. Uebersicht über die Beitragszahlung und die Unterstützungs-Einrichtungen in den Gewerkschafts-Organisationen 1896.

Table with columns: Gewerkschafts-Organisation, Name, Beitragszahlung (Wochen, Monate, Quartale), Unterstützungs-Einrichtungen (Krankentage, Altersrenten, etc.), and other financial data.

*) Bis zum Betrag von A. 15 und 30, nach Dauer der Mitgliedschaft. **) In jeder Jahreshälfte für 2 Tage. ***) Für Bergleute A. 1,20. ****) Für eine Unterfrüfung oder beide zusammen nur 10 Tage. *****) Pro Quartal, internationaler Fonds.

In der letzten Nummer giebt das „Korrespondenzblatt“ weiter eine Reihe sehr interessanter Zusammenstellungen über die statistischen Ergebnisse betreffend den Zustand der deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1896 bekannt...

Niedergang auch die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften zeitweilig wieder beschränkt. Das eine lehrte und das andere seit 1890 geführte Statistik, daß der Umfang und die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften von einer Periode wirtschaftlichen Aufschwunges zur anderen wächst...

Es sei noch darauf hingewiesen, daß die in den Tabellen angegebenen Mitgliederzahlen, Jahres-Durchschnittszahlen sind, und nicht die Zahl der Mitglieder am Jahresabschluss darstellten. Die Mitgliederzahl am Jahresabschluss stellte sich durchgängig höher als im Jahresdurchschnitt...

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen sind uns ferner die folgenden Beiträge zugegangen: Köhler 3.-, Ueberschuss Geburtstagsfeier D. Hildebrand 2,50. Möbelfabrik von R. Körner, Schauffstr. 23 9,10. Karl Jachow, Friedrichshagen, Restaurant Fischerhütte, gef. bei der Einweihung...

Ein Schweinburg kann natürlich nicht begreifen, daß jeder Sozialdemokrat es als Ehrenpflicht betrachtet, der hohen Sache, für die er wirkt, seine Arbeitskraft so lange als irgend möglich ohne jegliche Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, stellt der Austrägerlohn der „Deutschen Tageszeitung“ sich gerade um 3 Pf. geringer als der vom „Vorwärts“ gezahlte.

Lokales. Die Parteigenossen des 4. Wahlkreises, welche sich im Besitz von Wickets zu der am 12. September in der L'ra nia stattfindenden Vorstellung befinden, werden dringend ersucht, die bis zum kommenden Donnerstag nicht verkauften Karten an W. Traczyl, Grottkerstr. 58, v. 2 Tr. abzuliefern.

Glauben Sie doch die Arbeiterschaft, die Sie angeblich vertreten wollen, ist schon längst majorant, und weiß wie der Hase läuft. Außerdem ersehe ich, daß Sie einige Oernergroßen aus der Rorbmacher Bewegung zugezogen haben und beabsichtigen sich der Verleumdung befleißigen.

Die Errichtung von Stehbierhallen auf den Bahnsteigen der Stadt- und Ringbahnstationen soll jetzt in größerem Umfange erfolgen. Bis jetzt sind solche Hallen nur auf den drei Stationen „Schlesischer Bahnhof“, „Alexanderplatz“ und „Charlottenburg“ zu finden.

Die Lügen, welche der Rorbmacher Ernst Fischer in seiner am Sonnabend von uns gekennzeichneten Sendeliste über die Sozialdemokratie verbreitet, haben für den armen Schächer bereits die von uns prophezeite Strafe herbeigeführt. Der kleinere Schleifstein des Herrn v. Stumm, in welchem der Schweinburg gegen 12 000 M. jährlicher Entschädigung der Verpöschung obliegt, die deutsche Arbeiterschaft zu beschimpfen, freut sich daß über den unerwarteten Sanktions und nimmt sich des neuen Kampfgewinns mit wahrer Jubelstürme an.

Die Parteigenossen, welche die Weiber der Partei zu verwalten haben, hätten sich einer schwer zu verantwortenden Pflichtvergessenheit schuldig gemacht, wenn sie dem Verlangen des Fischer gewillfährten und durch ein Darlehen das Rohheitsvergehen gewissermaßen zu einem Eintreten für die Partei gestempelt hätten.

Das Polizeipräsidentium theilt mit: Berlin, 6. September. Am Sonntag den 29. August d. J., abends um 9 Uhr, ist der Schlächtermeister Emil Neumann in Stettin in seinem Hause Mittwochstraße 9 von einem unbekanntem Mann überfallen und mit einem Schäldeitel und mit einem Schlächtermesser schwer verletzt worden. Der Ueberfall erfolgte in den Geschäftsräumen des Neumann; die bezeichneten Werkzeuge entnahm der Thäter dem

Schlächterladen. Altem Anschein nach beabsichtigte der Thäter, d. H. Neumann zu tödten, um sich in den Besitz seiner Schlüssel zu setzen und dann den im Komptoir neben dem Laden stehenden eisernen Geldschrank seines Inhalts zu berauben.

Der Thäter muß mit den Männlichkeiten im Neumann'schen Hause bekannt gewesen sein. Seit dem 1. Januar 1894, an welchem Tage er das Geschäft in dem bezeichneten Hause übernommen, hat Neumann eine große Zahl Schlichterstellen beschäftigt, denen diese Kenntnis beizubringen. Außerdem konnte aber auch jede andere Person sich bei Gelegenheit von Einkäufen die erforderliche Kenntnis verschaffen.

Neumann hat seinen Angreifer nicht erkannt, da der Ueberfall in der Dunkelheit erfolgte; doch ist der Thäter, dem es gelang, während der Verletzung Neumann hilfesuchend nach seiner in den oberen Stockwerken gelegenen Wohnung lief, die verschlossene Ladenthüre zu öffnen und sich durch eilige Flucht der Ergreifung zu entziehen, von verschiedenen Personen gesehen worden. Derselbe wird beschrieben wie folgt: Alter: 20—25 Jahre; Größe: Gute Mittelgröße (1,70—1,75 Meter); Natur: kräftig, breitschultrig, aber nicht besonders stark.

Das Polizeipräsidium hat an die städtische Verkehrsdeputation das Ersuchen gerichtet, zu dem von der Gesellschaft Siemens u. Halske vorgelegten Projekt zur Herstellung einer elektrischen Bahn vom Gesundbrunnen—Oranienburgerstraße gemäß § 6 des Kleinbahn-Gesetzes die erforderliche Zustimmung zu erteilen, da sich die Gesellschaft den ihr gestellten Bedingungen unterworfen hat.

Stenographie. Der Vorsitzende des Verbandes Stolze'scher Stenographenvereine, Herr Max Wädler, theilt uns mit: Der Vorstand des Verbandes Stolze'scher Stenographenvereine hat auf eine Eingabe an das Kriegsministerium den Bescheid erhalten, daß das vom Einigungsausschuß der stenographischen Schulen von Stolze, W. Stolze, Schrey und Veltan aufgestellte Einigungssystem zum Unterricht an den Kapitulantschulen zugelassen werden soll.

Wegen Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses auf Grund einer freiwilligen Vereinbarung ist der kaufmännische Hilfsverein in der Seydelstraße bei den hiesigen Ladeneinhabern vorstellig geworden. Die Vereinigung hat sämtlichen Geschäftsleuten Berlins Fragekarten übersandt, um Auskunft zu erhalten, inwieweit die Herren mit einem allgemeinen gleichzeitigen Ladenschluß einverstanden sind. In diesen Fragebogen ist in Aussicht genommen, daß diejenigen Geschäftsleute, welche mit Manufaktur, Modewaren u. dergleichen, ihre Lokalitäten um 8 Uhr, die Geschäftsleute der Nahrungs- und Genussmittelbranche um 9 Uhr abends schließen können. Nach dem Ausfall dieser Umfrage wird sich entscheiden, ob der Verein weitere Schritte in dieser Angelegenheit unternehmen wird. Der Verein scheint immer noch nicht von der absoluten Wertlosigkeit der „freien Vereinbarung“ überzeugt zu sein. In der Angelegenheit des Ladenschlusses ist nicht als das Nachwort des Gesetzgebers Wandel zum Bessern schaffen.

Der Hauswirth als Raufbold. Gestern gerieth der Eigentümer des Hauses Auguststr. 50b, Schneider August Wriese, mit seinem Hauswart, dem Schuhmacher Karl Wiedow, wegen zu spätem Lösens der Treppenbeleuchtung in Streit und verwickelte in der Erregung sowohl dem Wiedow als auch dem Arbeiter August Henke, der infolge des Wortwechsels herbeigekommen war, mit einem Hammer einen wichtigen Hieb gegen die Stirn, so daß beide stark blutende Wunden davontrugen. Die Verletzten begaben sich nach der Sanitätswache in der Artilleriestraße und lehrten nach Anlegung eines Verbandes in ihre Wohnungen zurück. Der Zustand des Wiedow verschlimmerte sich jedoch derart, daß er in einem Krankenwagen nach der Charité gebracht werden mußte. Dort traf er besinnungslos ein und ist noch jetzt nicht vernunftfähig. Der robuste Hauswirth wurde heute früh nach der Wache des Polizeireviere geholt, nach seiner Vernehmung aber wieder auf freien Fuß gesetzt (!). Der Hammer ist als Beweismittel bei der Polizei. Sofort nach seiner Rückkehr suchte er die Frau des von ihm lebensgefährlich verletzten Pfortners auf und forderte mit vor Wuth heftiger Stimme, sie solle den Hof von dem Blut reinigen, ebenso auch die Blutspuren beseitigen, die Henke bis in seine im ersten Stock des Seitensüßels belegene Wohnung hinterlassen hatte. Die Frau wollte dies nicht, und er drohte, daß er sie am Nachmittag aus der Wohnung entfernen werde. Aber auch gegen Hausbewohner zeigte sich Wriese, der einen schweren Besen in der Hand hatte, derart wüthend, daß erneute Reibereien entstanden. Es muß Wunder nehmen, daß der Hauswirth nach solcher Heldenthat auf freiem Fuße belassen wurde.

Straßenverengung. Die Königin Augustastr. von der Regentenstraße bis zum Hauptpunkt der Rampe der v. d. Heydt-Brücke ist behufs Umpflasterung vom 8. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt. Die Möckernstraße ist von der nördlichen Vorderwalleinfahrt der Promenade der Poststraße bis zur Hagelbergerstraße einschließlich behufs Umpflasterung bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Irgermanischer Heldennuth. Der Schreckensruf „Die Polizei kommt!“ hat neulich blutigen Paukereien ein Ende gemacht und die drei hiesigen Korps angehörenden Teilnehmer zu einer regellosen Flucht veranlaßt. Die studentischen Verbindungen fühlten sich nicht mehr so sicher in Berlin wie früher und gehen bei dem Austrage ihrer Meinungen auf die Dächer. Jüngst hatten sich die Herren Korpsstudenten in einem zwischen Belkshof und Wannsee idyllisch gelegenen Wirthshaus einen Saal verschafft, den der Wirth wegen des guten Geschäfts gern hergab. Studenten pflegen mit dem väterlichen Gelde nicht zu sparen. In der That sollte eben die Kneiperei nur als Bedemantel für den Austrag von Händeln irgend welcher Art dienen. Der Korpsdiener hatte das Pöbelzeug in einem Sack unbemerkt eingeschmuggelt. Alsbald fanden sich die Gegner gegenüber, und manch „Blutiger“ war gefallen, als plötzlich von dem ausgestellten Sicherheitsposten der Warnungsruf erscholl: „Die Polizei kommt!“ Eine heillose Verwirrung entstand im Augenblick auf der ganzen Linie. Mit blutigen Schmissen, unverwunden, in den Pant-Anzügen ging es aus dem Saal heraus; jeder suchte ein Versteck. Dabei kam es, daß Sommergasse plötzlich in der Thür ihres Zimmers blutige Gesichter austauchten und sogleich wieder verschwinden sahen. Der Korpsdiener hatte das Handwerkszeug schnell wieder in den Sack verpackt und einen hinteren Ausgang erreicht; ihm folgten die Studenten, und man erreichte unangefochten den Wald, nachdem im Hause überall blutige Spuren zurückgelassen waren. Wie sich später herausstellte, war die Furcht vor der Polizei gänzlich unbegründet. Ein Gendarm, der von den Vorgängen keine Kenntniss hatte, war zufällig auf einem Patrouillengang in das Wirthshaus eingelehrt.

Selbstmord eines Dienstmädchens. Mit Phosphor hat sich die 22 Jahre alte Viktoria Spilla getödtet, die bei dem früheren Landdirektor W. in der Krausnickstraße in Stellung war. Dem Mädchen, das kürzlich eine Operation durchgemacht hatte, war nach seiner Angabe der Dienst zu schwer. Die Dienstherrschaft war jedoch mit der Lösung des Dienstverhältnisses nicht einverstanden, und auch die Polizei, an die sich die Spilla wandte, wußte das Mädchen nur auf den Weg der Kündigung zu verweisen. In selbsterblicher Absicht nahm die S. nun Gift. Sie wurde auf Anordnung eines Arztes nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht, wo sie am Sonnabend gestorben ist.

Selbstmord eines Arbeitslosen. Am Sonntag hat der 28 Jahre alte Rastker Karl Vannicht in seiner Wohnung Jördenstraße 55 sich das Leben genommen. Er war seit einiger Zeit stellenlos und kam in der Nacht zum Sonntag um 12 1/2 Uhr angetrunken nach Hause. Die Frau machte ihm Vorhaltungen, schließe dann aber im Wohnzimmer ein, während V. sich nach der Küche begab. Hier fand ihn seine Frau am nächsten Morgen an der Thür mittels eines Taschentuchs erhängt vor. V. hinterläßt seine Frau mit zwei kleinen Kindern.

Eine beschwerliche Flucht aus einer Kerben-Deffiankalt. Die wie ein Koptel aus einem Roman klingt, hat der Kaufmann

Cohn aus der Friedrichstr. 284 dieser Tage bewerkstelligt. Seit etwa drei Wochen war er in der in einem westlichen Vorort Berlins belegenen Anstalt nach seiner Ansicht zu Unrecht untergebracht und sann daher auf Mittel und Wege zum Entweichen. Da er wachte er eines Morgens gegen 8 Uhr und fand seinen Wärter schlafend. In aller Stille zog er sich dessen Beinkleid an, entnahm diesem den Schlüssel zu dem besonderen Schloß, um auf den Flur zu gelangen, schlich sich an mehreren andren Wärttern vorbei und wollte nun hinaus. Da aber sein Schlüssel zu der Ausgangstür nicht paßte, alle Krankenzimmer aber vergitterte Fenster haben, mußte er zunächst umkehren. Da fiel ihm ein, daß der Bureauaum keine vergitterten Fenster hat; er gelangte dorthin und weiter auf den Hof. Nun galt es noch, die hohe und oben mit Stacheln versehene Umfassungsmauer zu nehmen. Nur mit seinem Hemd und dem Beinkleid des Wärtters angethan, rollte er ein Faß an die Mauer, überstieg dieselbe und ließ nun querselberin nach Berlin zu. Untenwegs gerieth er noch in einen Wasserlauf und langte morgens zwischen 5 und 6 Uhr in einem erschreckenden Zustand bei dem Pfortner des Hauses in der Friedrichstraße an, wo seine Schwester wohnt. Nach Darlegung des Sachverhaltes erhielt er Einlaß. Bald trafen auch Angestellte aus der Anstalt ein, um ihn zurückzuführen, die Schwester behielt ihn aber bei sich.

Weiter wird noch mitgetheilt, daß Herr Cohn als Schwerverkont in der Anstalt aufgenommen und unter Aufsicht von Wärttern von der Außenwelt völlig abgeschnitten wurde. Trotzdem war er gesund, was die Aerzte durch eigene Unterschrift bald selbst anerkannten, indem sie den vorher „Schwerverkonten“ als geistig überaus rege und äußerst „lebhaft“ bezeichneten.

Durch den Sturm des vorletzigen Sonntags ist in der Frankfurter Allee ein schwerer Unglücksfall herbeigeführt worden. Gegen 12 Uhr mittags wurde daselbst vor dem Hause Nr. 186 durch einen heftigen Windstoß eine Bodenluke losgerissen und auf den Bürgersteig herabgeschleudert, woselbst gerade eine Schaar Kinder spielte. Die schwere Last traf den 12jährigen Säugling Melchior derartig wuchtig am Kopf, daß der Knabe besinnungslos zusammenbrach, während zwei andere Kinder leicht gestreift wurden. W. wurde sofort nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht und liegt dort schwer verletzt darnieder.

Aus Furcht vor dem Gefängniß. Der im ersten Stock eines Hauses der Friedenstraße wohnende Lohrer Friedrich H. sprang morgens, als er zur Verbüßung einer sechstägigen Haftstrafe durch einen Schuttmann zur Wache gebracht werden sollte, aus dem Fenster auf den Bürgersteig hinaus und erlitt dabei einen Bruch beider Unterschenkel. Er fand im Krankenhaus Am Friedrichshain Aufnahme.

Eine neue Großthat des Tennizantegenies jüdischer Staatsbürger. Ein hiesiges Blatt berichtet: Polizeilich verboten wurde, in Folge einer Beschwerde des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beim Polizeipräsidium, der Verkauf und das Ausrufen antisemitischer Broschüren in der Friedrichstraße. Einige der fliegenden Händler, welche den Anordnungen der Behörde ungeachtet den Verbot fortsetzten, wurden festgenommen. Der größte Theil der in ihrem Besitze befindlichen, meist im Paul Reichen'schen Verlage erschienenen Schriften verfiel der Beschlagnahme, da sich herausstellte, daß sie überhaupt für die Kolportage nicht freigegeben sind.

Theater. Das Alexanderplatz-Theater fand stets seinen Ruhm darin, daß es mit einer Geschwindigkeit, die fast der unheimlichen Fortschritte eines gewissen Lokalblattes gleichkommt, auch den glücklichsten Ereignissen auf dem Fuße zu folgen suchte. Das neueste Produkt solcher Schnellbildung liegt in dem Drama „Der Roman einer Sängerin“ vor uns. Das Stück behandelt mit jener Meisterschaft, die so stark an die lebhaftesten Farben der Neu-Dampfer-Walchule gemahnt, das Heldentum des bekannten bulgarischen Offiziers, der in den kürzlich zu Sofia verhandelten Wortprozess so interessant verwickelt war, und der unter dem Gottesgnaden-Regiment Sr. Robert des Fürsten Ferdinand nunmehr Ansehlichkeit hat, seinen väterländischen Verdiensten entsprechend belohnt zu werden. Die Schauspieler des Alexanderplatz-Theaters suchen so ernst, wie es ihnen nur irgend möglich war, sich in dem ihnen aufgegebenen Zimmer zurecht zu machen. Im Schiller-Theater beginnen am nächsten Sonntag die Nachmittags-Vorstellungen. In der ersten dieser Vorstellungen kommt Grillparzer's Lustspiel „Woh' dem, der läßt“ zur Vorstellung. Heute wird die Waller-Stein'sche Fosse „Papa Nische“ wiederholt. — Im Oden-Theater findet die 100. Aufführung von „Unsere Reichspost“ am künftigen Sonnabend statt. Willens zu dieser Vorstellung werden schon von heute ab an der Kasse verabsolgt.

Die Bestände des Berliner Aquarium sind durch die Güte eines Gönners um ein Viertel bereichert worden, das zu den außerordentlichen und im weltweiten Theil seiner heimathlichen Kreise bereits ausgeprochenen oder andauernden Arten gehört. Es ist ein Fische, eine Thiergattung, die dem Namen nach aber durch ihr Verhalten allgemein, aus eigener Anschauung aber nur den wenigsten bekannt ist und die, während sie vornehmlich über die gemäßigten und kalten Gebiete der nördlichen Halbkugel verbreitet war, infolge Ausbreitung von Eisbergen und Fehlgängern in Sibirien und namentlich in Kanada immer seltener wird, in Europa aber fast überall schon vernichtet ist und als Mitglied der deutschen Fauna nur durch sorgfältige Schonung und sorgfältigen Schutz an der Elbe und unteren Rulde in der Gegend von Wittenberg, Dessau, Alten erhalten wird. Das Aquarium vermochte daher, nachdem ihm der den Grottenreich bewohnende Fische der Jahre erhalten war, keinen Erlag zu schaffen, bis ihm jetzt durch die Verdienstgütigkeit des Herrn Amteath v. Dieze-Barby ein etwas halbwegsichtiges Exemplar überwiesen wurde. Der noch etwas kleine, braune, in der Größe einem krausen Hausfisch gleichkommende, durch seinen langen dreieckigen, schuppigen Schwanz und die mit Schwimmbälgen angehängelten Hinterfische dem Wohlergehen angepaßte seltene und schätzwerthe Gast hat das umfangreiche, am Fuße der Treppengrotte belegene Wasserbecken besogen, wo er es sich beim Genuß von Treibenbrühe, die er sich selbst abschält, von Rohkräutern, Brot und anderen pflanzlichen Stoffen ganz wohl sein läßt.

Aus den Nachbarorten.

Lohnherabsetzungen bei der Westfirma W. Spindler. Aus Köpenick wird uns berichtet: Zwölf Plätterinnen, welche bei der bekannten Firma W. Spindler unter Leitung eines Meisters und eines Fräuleins in Afford arbeiteten, erhielten vor gut acht Tagen die überraschende Mittheilung, daß sie fortan billiger arbeiten müßten, da die Firma außer Stande sei, den bisherigen Affordlohn weiter zu zahlen. Eine Arbeit, die mit 7 Pf. bezahlt wurde, sollte fortan nur 5 1/2 Pf. lohnen; ein Lohnabzug, der für die Woche etwa 3 M. ausmachen dürfte. Als die Arbeiterinnen auf diesen etwas lästigen Vorschlag nicht eingehen wollten, gab der Kommerzienrat ihnen allergnädigst acht Tage Bedenkzeit. Die bedrohten Mädchen mußten nunmehr wahrnehmen, daß alsbald neue Arbeiterinnen eingestellt wurden, und sie vernünftigen daher wohl mit recht, daß sie auf jeden Fall entlassen würden, wenn es ihnen einfiel, nach Ablauf der achtstägigen Frist noch zu müssen. Die Arbeiterinnen theilten bereits vor Ablauf der Frist ihrem Meister mit, daß sie nicht willens seien, billiger zu arbeiten, sondern es vorzögen, aufzuhören. Leider haben sich vier von ihnen bereuen lassen, in Arbeit zu bleiben, und mit deren Hilfe wird es nun der Firma leicht sein, neue Mädchen einzuschulen. Die Arbeiterinnen, welche es nicht mit ihrem Wohlgefühl gegen sich vereinbaren konnten, zu dem ermäßigten Affordlohn in Stellung zu bleiben, waren sämmtlich über zwei Jahre im Geschäft thätig; eine derselben stand neun Jahre, eine andere sieben Jahre dort in Arbeit und mehrere waren über vier Jahre bei der Firma beschäftigt. Sie alle befanden sich bis zum letzten Augenblick mit ihren Vorgesetzten im besten Einvernehmen. Wenn Herr Spindler fortfährt, die Lebenshaltung seiner Arbeiter und Arbeiterinnen derart zu beschränken, so wird er bei den 3000 Personen, aus denen er Mehrerth herauszieht, hinfür seinen „Wohlthätigkeitsförm“ auf recht vortheilhafte Weise bethätigen können. Hoffentlich giebt das mitgetheilte Vorkommniß der bei der genannten Firma beschäftigten Arbeiterschaft endlich den Ansporn, ihrer gewerkschaftlichen Pflicht nach Gebühr zu genügen. Bisher hat es in diesem Punkte leider noch sehr gehapert.

Die Königl. Polizeidirektion in Charlottenburg ist äußerst besorgt um die Eintreibung der im Wege des Strafverfahrens verhängten Geldstrafen. Der Radfahrer W. hatte ein Strafmandat über 6,30 M. erhalten und diese Summe am 26. Juli auch bezahlt. Kürzlich erhielt er ein vom 27.8. datirtes Schreiben, worin er um die bereits gezahlte Summe gemahnt wird. W., der in Besitze einer Quittung ist, zahlt allerdings nicht zum zweiten Male, stellt aber selbstverständlich Betreibungen über die Registratur der Polizeidirektion in Charlottenburg an.

Ein grauenhaftes Verbrechen ist, wie nunmehr zweifellos feststeht, an der seit Monaten verschwundenen achtjährigen Martha Meinde aus Kremmen verübt worden. Nachdem vor etwa sechs Wochen in der Nähe des dortigen Schützenhauses ein Stück Kopfhaat eines Menschen gefunden worden, endete vor 14 Tagen ein Akerbürger auf seinem Felde einen bereits stark in Verwesung übergegangen Kindesfuß. Bald darauf fand man unweit davon einen Haorjopf mit rother Schleife. Die Pflüge-Ältern der Verdwundenen konstatirten, daß Haar und Schleife von dem vermißten Kinde herrührten. Die durch die Staatsanwaltschaft des königlichen Landgerichts II fortgeführten Recherchen nach dem Verbleib der übrigen Körpertheile der Ermordeten waren vergeblich, doch steht es zweifellos fest, daß der Leichnam zerstückelt worden ist und die Reste des Körpers von Akerbüchern, wie Früchten verschleppt worden sind. Der Thäter verdächtig ist ein 40jähriger Arbeiter Polzer aus Kremmen. Der dem Trunk ergebene Mann hat anderen Personen gegenüber Akerbüchern gebraucht, die auf seine Thäterschaft schließen lassen. Auch ist festgestellt worden, daß die Kleidung des Arbeiters an dem Tage des Verschwindens der M. stark mit Wirt besudelt war und von seiner Frau sofort gereinigt wurde. Der Verhaftete behauptet allerdings, an jenem Tage Rauschen geschluckt zu haben und so von Blut besudelt worden zu sein.

Ein Unfall mit tödtlichem Ausgang ereignete sich gestern Nachmittag an der Havelähre zwischen Mootale und Saccow. In Vertretung des Fährmanns hatte der Sohn eines Gastwirths in Saccow die Leitung der Fähre übernommen; es herrschte ein heftiger Wind. Im Begriff, das Fährseil in Ordnung zu bringen, wurde der Mann von diesem mit großer Wucht getroffen und über Bord in die Havel geschleudert, wo er ertrank. Er hinterläßt eine Frau und drei Kinder. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Im Wasser im Stich gelassen ist am Sonnabend Abend die sechsjährige Tochter Charlotte des Gastwirths Wilhelm Gausenwig aus Marienbörde bei Berlin. Das Kind fuhr auf dem väterlichen Teich mit zwei etwa zehnjährigen Knaben zusammen in einem Kahn. Dabei blieb eine Ruderstange in dem weichen Grund stecken. Das Mädchen langte danach, verlor das Gleichgewicht und fiel ins Wasser. Anstatt nun Hilfe zu leisten, rannten die Knaben fort und machten erst aus der Ferne den Vater durch Schreien aufmerksam. Dieser konnte erst nach 15 Minuten die Leiche seines Kindes bergen.

In der Bahrendorffischen Wortsache ist entgegen allen sonstigen Mittheilungen, die daraus abzuleiten, die Aufmerksamkeit des Publikums abzuschwächen, zu bemerken, daß zur Zeit für die Person des oder der Mörder nicht der mindeste Anhalt gegeben ist. Die Unteruchung hat bisher nicht den geringsten greifbaren Anhalt ergeben. Der Knabe Savade, der bisher stets als Hauptzeuge genannt wurde, ist als fasslicher Zeuge nicht anzuerkennen, da seine Angaben unsicher und unbestimmt sind. Wenn wiederholt Mittheilungen in die Presse gelangt sind, daß in der Sache Zeugen vor dem Untersuchungsrichter am Landgericht II vernommen worden sind, so sind diese Mittheilungen dahin zu corrigiren, daß die Unteruchung vom Amtsgericht Spandau geführt wird. So lange die Vorunteruchung nicht abgeschlossen ist, gelangt die Sache garnicht an das Landgericht und können also hier auch keine Zeugen vernommen werden.

Das Mitglied einer Berliner Falschmünzerverbande, Bäder Frank, der vor kurzem in Spandau bei der Herausgabe falscher Thaler betroffen und verhaftet wurde, ist, nachdem die Vorunteruchung gegen ihn beendet, am Sonnabend nach dem Untersuchungsgefängniß in Moabit transportirt worden. Seine Komplizen, denen es gelungen war, zu entkommen, hat er nicht namhaft gemacht.

Geriichts-Beitung.

In Sachen der Verformungsverordnung hat das Schöffengericht vor kurzem eine beachtenswerthe Entscheidung gefällt. Der Kaufmann Körner hatte in der Kurfürstengallerie Originalpackungen einer Sorte Feigenkaffee ausgestellt und diese Artuppen auch am Sonntag unverhüllt gelassen. Die Polizei bedachte ihn wegen Vergehens gegen die §§ 6 und 16 der Verformungsverordnung mit einem am 2. M. lautenden Strafmandat, gegen welches Körner die in der Entscheidung anrief. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, indem es den Einwand des Angeklagten, daß nur leere Artuppen und keine Verkaufsgegenstände in dem Schaufenster ausgestellt gewesen seien, für stichhaltig anerkannte.

Der Deutsche Raucherbund erhielt im vorigen Jahre einen neuen Repräsentanten in der Person des Kaufmanns Adolf Lange. In der ersten Delegirtenversammlung machte Lange die überraschende Mittheilung, daß sein Vorgänger, der Kaufmann Karl Becker, sich grobe Unregelmäßigkeiten habe zu Schulden kommen lassen, die Bücher seien nicht in Ordnung und über den Verbleib von 2900 M. fehle der Nachweis. Der so schwer beschuldigte Vorgänger Langes beschränkt auf einschleuderte, auch nur die geringste Verantwörung bezugens zu haben. Der Bund ließ sämtliche Bücher von dem vereideten Bücherrevisor Schmidt prüfen. Das Gutachten desselben fiel zu gunsten des Verdächtigten aus, allerdings lasse sich vom kaufmännischen Standpunkte aus die Buchführung in einzelnen Punkten bemängeln, von einer Verantwörung könne aber keine Rede sein. Trotzdem blieb Lange auch in der bald darauf stattfindenden Generalversammlung bei seiner früheren Behauptung und gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß der Bücherrevisor von Becker bestochen sein müsse. Der Vorstand des Raucherbundes strengte auch gegen Becker einen Zivilprozess an, wurde aber mit seinen Ansprüchen abgewiesen. Daran 100 Lange seinen Nachfolger Becker wegen der vorangeführten Verordnungen im Wege der Privatklage zur Verantwortung. In der ersten Instanz wurde der Beklagte freigesprochen, weil zu seinen Gunsten angenommen wurde, daß er sich in Wadenehmung berechtigter Interessen befinden habe. Gegen diese Auffassung wandte sich im geistigen Termine vor der Berufungsinstanz der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Schöps. Wäge dem Beklagten der Schuß des § 193 Str.-G.-B. in betref der Behauptung in der Delegirten-Versammlung zugesprochen werden können, in der Generalversammlung und nach dem Gutachten des Bücherrevisors dürfte er sie nicht wiederholen. Der Gerichtshof trat bei dieser Anschauung bei und verurtheilte den Beklagten unter Aufhebung des ersten Urtheils zu einer Geldstrafe von 20 M. Dem Kläger wurde die Publikationsbefugniß zugesprochen.

Die Verformungsverordnung gegen Arbeiterlokale. Bei der Handhabung des § 8 der Polizei-Verordnung betreffend die äußere Heiligung der Sonntage scheint jetzt gerichtlich eine neue Provis eingeführt werden zu sollen. Nach einer Polizei-Verordnung sind diejenigen Schaustätten, in denen überwiegend Schnaps vertrieben wird, gezwungen, während der Stunden des Hauptgottesdienstes ihre Lokalitäten zu schließen. Bisher wurde in den Fällen, in denen es sich um Verlegung dieser Vorschrift handelte, stets auf Freisprechung erkannt, wenn die Betreffenden aus der Gesamtsomme ihres Jahresumsatzes nachweisen konnten, daß im ganzen der Schnapsausverkauf den Ausverkauf von Bier nicht so erheblich in den Schatten stellte. Bei einem dieser Fälle, in welchem der Staatsanwalt die Verurteilung eingelegt hatte, stellte sich die 8. Strafkammer auf einen von dem bisherigen abweichenden Standpunkt. Sie war der Meinung, daß Anstunten von dem Polizeipräsidium darüber einzufordern sei, welche Geschäftspunkte beim Erlasse jener Verordnung maßgebend gewesen seien. Die Berufungskammer wies der Ansicht zugunsten, daß es doch nicht bloß darauf ankommen

Sonne, quantitativ den binnen Jahresfrist erzielten Umsatz an Bier und Branntwein mit einander zu vergleichen, sondern daß doch wohl auch die Qualität der Lokale selbst und ihrer Besucher, sowie der Umfang des Schnaps- oder Bierchanks an den einzelnen Tagen mit in die Waagschale zu werfen sei. Rechtsanwalt Dr. Schöps wandte sich gegen eine solche Auffassung, die nach seiner Meinung doch nur dahin führen würde, daß unter gleichen Voraussetzungen die in Arbeitervierteln gelegenen Schaustätten schlechter als die übrigen gehalten werden würden. Der Gerichtshof beschloß zunächst die Auskunft des Polizeipräsidenten in dem angeordneten Sinne einzuholen.

Veranstaltungen.

Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg waren am Sonntag sehr zahlreich in Bismarckshöhe, Charlottenburg, versammelt, um zu den Landtagswahlen und dem Hamburger Parteitag Stellung zu nehmen. Das Referat hatte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil, übernommen, der in eingehender Weise seinen Standpunkt als Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen begründete. Die Ausführungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der hierauf folgenden Diskussion plädierten die Genossen Koester-Schöneberg, Vogel und Hoffmann für die Beteiligung, während die Genossen Thomas-Niddorf, O. Klein, Vater, Fischöder, Görke-Charlottenburg, Siegrist und Schulze sich als entschiedene Gegner der Wahlbeteiligung und ebenso wie der Referent sich auch gegen die Aufhebung des Kölner Parteitag-Beschlusses aussprachen. Mit großer Majorität wurde sodann der Antrag O. Görke: „Die Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg beantragen die Aufrechterhaltung des Kölner Parteitags-Beschlusses und somit die Ablehnung jeder Beteiligung an der Landtagswahl“, angenommen. Die vom Genossen Köster-Schöneberg gestellte Resolution, in der auf das Bestehen der Reaktion, die Einzel-Landtage gegen den Reichstag auszuspielen, hingewiesen und die Aufhebung des Kölner Parteitag-Beschlusses verlangt wird, ferner um ein planmäßiges Vorgehen der Sozialdemokratie bei den nächsten Landtagswahlen zu erwidern, die Wahl eines Zentral-Wahlkomitees, von welchem den einzelnen Kreisen Direktiven zu geben sind, befürwortet wird, erhielt nur eine geringe Anzahl von Stimmen. Ein Antrag von mehreren Schöneberger Genossen an den Parteitag, den Abonnementpreis des „Vorwärts“ zu erniedrigen, wurde, nachdem Köster für denselben und Görke gegen denselben gesprochen hatte, abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag der Schöneberger Genossen, den Parteitag in Zukunft zwischen Weihnachten und Neujahr zu verlegen. Ferner fand ein weiterer Antrag, der von dem Genossen Meiling befürwortet wurde, die Unterhaltungschrift: „Freie Stunden“ umfangreicher zu gestalten, damit den Lesern mehr geboten werden kann, die Zustimmung der Versammlung. Von Köster wurde der Wunsch geäußert, daß die Delegierten auf dem Parteitag dafür eintreten, daß im „Vorwärts“ ein übersichtliches Bild über die Parteiverhältnisse im Auslande, da z. B. über die französischen Parteiverhältnisse unter den deutschen Parteigenossen Unklarheit herrscht,

gegeben wird. Im weiteren wünscht der Redner, daß in der Unterhaltung-Befrage des „Vorwärts“ in den Musikrezensionen nicht die Personen in den Vordergrund gestellt werden, sondern die Kritik sich auf das Stück beschränkt und dasselbe in populärer verständlicher Form behandelt wird. Abgelehnt wurde von der Versammlung ein Antrag von Genossen Bey, nach welchem der Parteitag den geschäftsführenden Ausschuss beauftragen soll, die wesentlichsten Gründe über die Bedeutung des 1. Mai und die im Laufe des Jahres vorkommenden wichtigsten Ereignisse, die zur Begründung der Mairfeier geeignet sind, drucken zu lassen, um sie den Vertrauensleuten und den Parteigenossen, welche für die Mairfeier wirken, unentgeltlich zuzustellen. Als Delegierte zum Hamburger Parteitag wurden einstimmig die Genossen Zubeil und Eberhard-Brix und als Stellvertreter Genosse Thomas-Niddorf gewählt.

Die Parteigenossen des Kreises Niederbarnim nahmen in einer am Sonntag in Sivalau abgehaltenen Parteiversammlung Stellung zur Brandenburger Provinzialkonferenz und zu den Landtagswahlen. Das einleitende Referat hielt Genosse Stadthagen. Er sprach sich unter ausführlicher Begründung seines Standpunktes gegen die Wahlbeteiligung aus und empfahl eine längere Resolution, deren wesentlichster Inhalt lautet:

1. Der Beschluß des Parteitages zu Halle 1890, dahingehend: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, in Aussicht stehen, in die Wahltagung einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder Gemeindevertretungen“ sowie der Beschluß des Parteitages zu Köln 1893, dahingehend: „Die Genossen haben bei Reichstags-, Landtags- oder Gemeinderathswahlen keinerlei Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien einzugehen“ sind auch für die nächsten preussischen Landtagswahlen zutreffend. Eine Beteiligung an der Wahl durch Aufstellung von sozialdemokratischen Abgeordneten empfiehlt sich — weil ansichtslos — nicht. Wahlbündnisse irgend welcher Art möchten notwendigerweise zur Verwischung des Klassenkampfcharakters der Sozialdemokratie, zur Schwächung der Partei, zur Erschöpfung der Agitation führen und Zwietracht in eigenen Lager hervorrufen.

2. Die Versammlung ist aber der Ansicht, daß der Beschluß des Parteitages zu Köln:

„Es ist Pflicht der Parteigenossen in Preußen, sich jeder Beteiligung an den Landtagswahlen unter dem jetzt bestehenden Wahlsystem zu enthalten“ zu weit geht und deshalb aufgehoben werden muß, da es der Gepflogenheit des Parteitages nicht entspricht, den einzelnen Ländern oder Kreisen über allgemeine für die Gesamtpartei gültige Normen hinausgehende Vorschriften zu machen. 3. Die Versammlung empfiehlt dem Parteitage, zu beschließen:

„Es ist wünschenswert, bei solchen Landtagswahlen, an denen die Sozialdemokratie als Partei sich nicht beteiligt, keinem bürgerlichen Wahlmann oder Abgeordneten die Stimme zu geben, der nicht die Gewähr dafür leistet, daß er mindestens eintritt für: Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts für den Reichstag, den Landtag und die Gemeinden; Befreiung aller partikularrechtlichen, die freie Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts beschränkenden Be-

stimmungen; Aufhebung aller gegen die ländlichen Arbeiter und das Gefolge bestehenden Ausnahmerechte.

Der Korreferent Dr. Arons trat für die Wahlbeteiligung ein und empfahl dieselbe in der Weise, daß die Sozialdemokraten, je nach Lage der Verhältnisse in den einzelnen Kreisen, entweder von vornherein für die Liberalen und gegen die Junker stimmen, oder aber, wenn eine ausschlaggebende Zahl sozialdemokratischer Wahlmänner gewählt ist, ein Wahlbündnis mit den Liberalen dahingehend schließen, daß diese sich mit den Sozialdemokraten in die Abgeordneten-Mandate teilen. An die Liberalen gewisse Mindestforderungen zu stellen — wie es die Resolution Stadthagen thut — hält der Redner nicht für ratsam. Derartige Versprechungen könnten von jener Seite auch gegeben werden, wenn man gar nicht die Absicht habe, sie zu halten. Die Liberalen könnten diese Forderungen auch im Abgeordnetenhaus vertreten in der höheren Erwartung, daß ja die anderen gefehlgewandten Faktoren (König und Herrenhaus) dieselben ablehnen. Da gegen sollten wir die zu wählenden Liberalen verpflichten, gegen gewisse reaktionäre Regierungsvorlagen zu stimmen.

Die Diskussion war nur kurz, denn sie mußte wegen anderweitiger Benutzung des Saales bald abgebrochen werden. Für Wahlbeteiligung sprachen Weinhardt und Alschner, dagegen Gerkenberger. Alschner brachte eine Resolution ein, welche Aufhebung des Kölner Beschlusses und Wahlbeteiligung empfiehlt. Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution Stadthagen mit 123 gegen 85 Stimmen. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden Alschner, Kopp und Gerkenberger gewählt.

Verband der Gewerkschaften, Filiale Berlin. Heute Abend 8 Uhr, Drahtschiff Nr. 61: Diskussionsabend über Klein- und Großbetrieb mit Verlesung auf die Organisation.

Witterungsübersicht vom 6. September 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarat auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 F.)
Swinemünde . . .	743	SSO	8	Regen	13
Hamburg . . .	743	SSW	6	bedeckt	13
Berlin . . .	747	SSW	6	bedeckt	14
Miesbaden . . .	757	W	4	Regen	14
München . . .	763	W	7	Regen	14
Wien . . .	—	—	—	—	—
Papayanda . . .	736	O	4	wolfig	7
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Sorl . . .	757	W	2	bedeckt	14
Rheeden . . .	750	SW	4	wolfig	11
Paris . . .	762	SW	4	Regen	14

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. September 1897. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und feischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung! Achtung!
Grosse Volksversammlung
 am Dienstag, den 7. September, abends 8 Uhr,
 in Keller's Festsälen, Kopenstraße 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Gesetzlicher Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz und die Internationale Arbeiterschut-Konferenz zu Zürich. Ref. Frau Clara Zetkin (Stuttgart).
 2. Diskussion. 3. Der Hamburger Parteitag und Wahl der Delegierten zu demselben.
 Um zahlreichen Besuch besonders der Frauen ersucht
 Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten). Versammlung
 am Dienstag, den 7. September 1897, abends 8 Uhr, in Nest's Festsälen, Weberstraße Nr. 17.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Gefetz und Recht.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
 NB. Büllets für die „Uranta“ zum 3. Oktober ca. sind in der Versammlung zu haben.
 216/10 D. O.

Sachverein der Stellmacher
 Berlin und Umgegend.
Versammlung.
 Donnerstag, 9. September, abends 8 1/2 Uhr, in der Rosenthalerstr. 57.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Industrielle Entwicklung und Arbeiterkämpfe.“ 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 283/1
 Sonnabend, den 11. September, findet ein **Tanzkränzchen** bei Noack, Brunnenstr. 16, statt.
 Büllets werden in obiger Versammlung veräußert.
 Um zahlreichen Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Achtung! Korbmacher. Achtung!
 Heute Dienstag, 7. Sept., abends 8 Uhr, in Feuerstein's Festsälen (oberer Saal):
Öffentl. Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohnreduktion in den Werkstätten der Kugelforbrennerei. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 283/8
 Die Kollegen der Postkassensirma (Inhaber Herr Starke) und R. Schmidt u. Komp., Krausstr. 6, sind hierzu besonders eingeladen.
 Der Einberufer.

Charlottenburg.
 Mittwoch, den 8. September 1897, abends präzis 8 Uhr, in der Gambinus-Brauerei, Wallstr. 91:
Ausserordentliche General-Versammlung
 des **Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**
 Tagesordnung: 1. Kulturgeschichtlicher Vortrag des Genossen Pantof. Berlin. 2. Diskussion. 3. Besprechung über den § 10 unseres Statuts. 4. Rechnungsamtlicher Abteilungsbericht. 5. Vereinsangelegenheiten.
 Die Mitglieder werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.
 250/12
 Der Vorstand.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porzänschleifen, Porz. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preidurant.)

Meyer's Gesellschaftshaus, N., Boyenstr. 12.
 Empfehle meinen renovierten Saal, bis 400 Pers. fassend, zu Versammlungen u. Festlichkeiten jeder Art; beagl. Vereinszimmer, 50 Personen fassend. Einige Sonntage sind noch zu vergeben. Jeden Sonntag: Ball.
 P. Meyer.

Feuerstein's Festsäle
 Alte Jakobstrasse 75.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulanten Bedingungen.
Reichhaltige Abendkarte zu solid. Preisen. Pilsener und Bötsov-Bier.
 30 und 50 Personen fassend, mehrere Abende frei. Restaurant Babel, Rosenthalerstr. 57.

Rudolph Scholz
 6 Raunysstr. 6
 empfiehlt sein **Weiß- u. Vairisch-Bier-Lokal** nebst Garten und freundlichem, bis 40 Personen fassendem **Vereinszimmer.**

Möbel auf **Zahlung.**
J. Kellermann, Jakobstr. 26.
 Ein Vereinszimmer zu vergeben bei 4125 Mk. n. d. Hornbrückstr. 5.
Schmiedgeschäft, H. gangbare, bill. zu vert., 1000 Mk., Lindowstr. 10.
Carl Becker
 Cigarren, Cigarretten u. Tabake
 Lindowstr. 25 an der Müllerstr.

Ausserordentliche General-Versammlung
 der **Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer**
 der **Orts-Krankenkasse**
 der **Maschinenbau-Arbeiter und verwandten Gewerbe**
 zu Berlin
 am Mittwoch, 15. September cr., abends 8 Uhr,
 im **Königstädtischen Kasino, Holzmarkt-Strasse 72,**
 Ecke Alexander-Strasse.
 Tages-Ordnung:
 1. Antrag des Vorstandes auf Verlängerung des Vertrages mit dem Verein der freigeübten Kassenzurige. (4006)
 2. Bericht des Vorstandes über die tägliche Entlassung eines Kassenzurigen.
 3. Bericht des Vorstandes über die Abrechnung der Beiträge über Gewährung von Jahrsplomben und Beweisen seitens des Bezirks-Ausschusses. (Beschluss d. Generalversammlung vom 25. 3. 97).
 4. Verschiedenes.
 Anfragen und Beschwerden, zu welchen Einsicht in die Kassenzurige notwendig ist, müssen bis zum **12. d. Mts.** mündlich oder schriftlich beauftragt beantwortung derselben in der Generalversammlung dem Vorstande mitgeteilt werden.
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter ist erwünscht.
 Das Mandat legitimiert!
 Berlin, den 3. September 1897.
 Der Vorstand.
 Hans Beggig. G. Steinfeld.

Am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, verstarb nach kurzem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftfeger
Hugo Krüger
 im 71. Lebensjahre.
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Vandsberger Allee, aus statt.
 Das Personal d. Buchdruckerei G. S. Hermann.

Verband der Buchbinder zc.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder
B. Gollnick
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe der St. Hedwigs-Gemeinde in Reinickendorf, Berlinerstraße, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bitten
 Die Ortsverwaltung.

Kranzbinderel u. Blumenhandlung von 30520*
Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.
 Wundungs-Kränze, Guirlanden, Ballkränzen, Bouquets zc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
 liefert 30532*
Albrecht's Bäckerei, Wrangelstr. 8, Langestr. 26, Goldensteinstr. 28, Luisenstr. 2.

Schleifertuch mit von **Militär-Schleiferriemen** zc. in allen **Paustappen** herrschend billig zu haben bei **Hopp, Berlin N., Ackerstr. 22, Hof.** 2374L*

M. Krüger's Speise-Teinöl
 ist das anerkannt beste. Zu haben in allen Kolonialwaren- und Vorstadt-Geschäften. Engros-Verkauf: Berlin, **Skaliherstraße 105.**

Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife mit ein reines Sandtuch liefert ich 1.10 Pf. v. Wode. Handtuch-Berlin, Jung. S. Pagner, **Neue Königstr. 17.** Fernspr. Amt VII Nr. 2067.

Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polsterwaren, waeren verkauft wegen Ersparnis der Bodenmittel bedeutend billiger. Eig. Werkstätte u. Cause. Tischlermeister.
Bukow, Invaliden-Strasse 13.
 Strichwolle-Kaufverant. *
 Reise in Posen und Pommern zu Fabrikstr. Holzmarktstr. 60, S. 1. 1. 2r

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 (Zahlstelle Berlin).
Vertrauensmänner-Versammlungen:
Mittwoch, 8. Septbr., abds. 8 Uhr:
Osten und Nordosten:
 [Strausberger-Strasse No. 3 bei Wittwe Röhl.
Südosten: bei Rantenberg, Craniestr. 180.
 Die Kollegen folgender Werkstätten sind eingeladen: Redde, Antikubers-straße 4; Weismann, Dieffenbachstr. 36; Somatisch u. Schröder, Krausstr. 4.
Westen und Südwesten:
 im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106.
Moabit: im Lokale Thurmstraße 84.
Wedding und Gesundbrunnen:
 im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.
 Die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission versammeln sich um 7 Uhr vorn im Lokal.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
 Schwebestr. 23 bei Wernau.
Modell- und Fabriktilchler
 im „Vorstädtischen Kasino“, Ackerstrasse 144.
 Jede Werkstatt muß unbedingt vertreten sein.
 292/10
Musikinstrumenten-Branche
 im Lokal des Herrn Zubeil, Lindenstrasse No. 106.
 Tages-Ordnung:
 Was lehren die letzten Werkstatt-Differenzen. Branchenangelegenheiten.

Achtung! Achtung!
Allgemeine Orts-Krankenkasse
 gewerbl. Arbeiter und Arbeiterinnen
 (früher Meyer'sche Krankenkasse).
 Die arbeitnehmenden Delegierten dieser Kasse werden dringend ersucht, zu der heute, am 7. September 1897, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, stattfindenden **ausserordentlichen Generalversammlung** pünktlich zur Stelle zu sein.
 Die Erhaltung der freien Arztwahl steht in Frage.
Mehrere Mitglieder.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 7. September.
Neues lgl. Theater (Kroll).
Der Evangelist. Platanen im Bremer Rathaus. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Doktor Klaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Samlet. Anf. 7 1/2 Uhr.
Berliner. Renaissance. Anf. 7 1/2 Uhr.
Vossing. Abu Selb. Das zweite Gesicht.
Kened. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Boccaccio. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Papa Nische. Anfang 8 Uhr.
Rufen. Geschwister Fiebig. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das vierte Gebot.
Thalia. Aufballet Origoletti. Soubrette: Louise's Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Clend. Unsere Reichspost. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fahren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Volk-Milieu. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Vossing-Panoptikum. Jüdisches Dorf.
Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Papa Nische.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bürgerlich und Romantisch.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Web dem, der lügt.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstr. 34.
Dienstag, den 7. September, abends 8 Uhr: Zum 8. Male:
Geschwister Fiebig.
Modernes Volksstück in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Haberer.
Musik von Fritz Krause.
Preise der Plätze:
Prosceniumloge 5 M., Orchester-Parquet 3 M., Parquet-Parquet 2 M., Mittelrang-Parquet 2 M., I. Rang Parquet 1,50 M., II. Rang Parquet 1,50 M., III. Rang Parquet 1 M., Tribüne 75 Pf.
Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 7. September 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 3. Male:
Novität! **Novität!**
Berliner Fahren.
Beste Kaufmannsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Musik von Jul. Einöder.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahren.**
Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Welsh.
Letzte Woche!
Zum 90. Male:
Unsere Reichspost.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von H. Ansel. Musik von G. Schiller.
Sonntags um 100. Male: **Unsere Reichspost.** Alles von heute ab an der Kasse. Im Garten täglich von 6 Uhr: Gr. Frei-Konzert. Bei ungünstiger Witterung Konzert im Tunnel.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 7. September 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 3. Male:
Novität! **Novität!**
Berliner Fahren.
Beste Kaufmannsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannsd. Musik von Jul. Einöder.
Anfang 1/8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahren.**
Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Welsh.
Letzte Woche!
Zum 90. Male:
Unsere Reichspost.
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von H. Ansel. Musik von G. Schiller.
Sonntags um 100. Male: **Unsere Reichspost.** Alles von heute ab an der Kasse. Im Garten täglich von 6 Uhr: Gr. Frei-Konzert. Bei ungünstiger Witterung Konzert im Tunnel.

I. Original-Budapester Posen- u. Operetten-Theater
in Kaufmann's Variété (Direktion Gebr. Hornfeld)
Eine besondere Spezialität auf dem Gebiete des Theaterlebens bilden die mit unbeschreiblichem Erfolge aufgenommenen Original-Novitäten:
Ein Abend im Wintergarten und Im Atelier.
Ueberraschende Sujets.
Ferner Aufreten der Humoristen Theodor Lippardt, Dr. Guido Steinitz, Original-Rapondé, Theodor Gliese.
Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Vorstellung 1/8 Uhr.
Die ausgegebenen Vorspieldkarten haben auch für die folgenden Vorstellungen ihre Gültigkeit.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dredener-Str. 97.
Dienstag:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Donnerstags 7 1/2 Uhr. — Entree: Sonntag 30 Pf., Donnerstags 20 Pf.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Barg-Magazin
Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Gotzkowskystrasse 3. 30602* und Beerdigungs-Comtoir.

Urania
Tanbenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Passage-Panopticum.
Indisches Dorf
mit dem bedenkensteden Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 163.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Gr. Konzerte, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Vollständig neues Programm: 20 Nummern.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Der Affe als Luftgymnastiker
Mr. Obrotelli. Brothers Sorra.
Die 9 Heintzelmännchen
The Barnells. Griffin u. Dabois.
Joseph Phoites
Pantomimen - Troupe
u. f. m. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal!)
Täglich:
Stettiner Sänger
(Meyfel, Pietro, Britton, Steidl, Krause, Höhl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluss:
Strampelbrüder.
Ensemble von Meyfel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billetts à 10 Pf. und Familien-Billetts à 1 M. nur im Vorverkauf. (Siehe Plakate.)
Fahrräder können eingeführt werden.

Luisenstädt. Konzerthaus
Alte Jakobstrasse 37.
Altrenommiertes Vereinslokal.
Ich empfehle meine neu renovierten Festsäle in feststehender Theaterbühne, bis 600 Personen fassend, zu Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten, Kommerzen u. Versammlungen zu den günstigsten Bedingungen. **J. Bernstein.**

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
I. Rang u.loge 1 M., Sperrpl. 50 Pf., Entree und II. Rang 30 Pf.

Feen-Palast
Grösstes Vergnügungslokal Berlins.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Wiederholung der phänomenalen **Grönungs-Vorstellung.**
Brilliant-Riesenprogramm
20 Nummern. 50 Künstler.
Sensationell!
Cloilde Darnett.
Selma u. Jenny Westphal.
Tanti-Taylor-Barskow.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Kannenstr. 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Bühnen-Familien-Kaufhaus.
Kabuff!
Die Rosen aus dem Süden.
Große Kundstättungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerike.
Soubrette:
Neu! Vermischtes. Neu!
Poffe mit Gesang in 1 Akt v. H. Jonsd.
Musik eines durchweg neuen glänzenden Künstler-Spezialitäten-Ensembles.
Anfang: Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Gutscheine haben an den Wochenenden in allen Plätzen Gültigkeit.

Maehr's Variété-Theater
Damenstr. 24.
Täglich: Theater-Vorstellung.
Auftritten
Spezialitäten-Künstler I. Ranges.
Der Galeerensträfling.
Volksstück mit Gesang.
Neu! Die Mutter der Kompagnie.
Schwank.
Die internationale Original-Verwandlungs-Duetten ohne Konkurrenz!
Geschw. Böhner. Sens!
Mr. Bill. Nigger-Excentric u. K. Alles Nähere die Tageszettel.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Durch Kampf zum Sieg.
Kunstspiel in 1 Aufzuge von Venke.
Neu! Durchschlagender Erfolg! Neu!
Rosen aus dem Süden.
Original-Parodie mit Gesang von W. Gerike.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:
im Saal: **Grosser Ball.**

Möbel. Möbel.
In den neu erbauten großen Sälen Neue Schönhauserstr. 2 (früher Rosenhalestr. 13), Seitenflügel u. Quergebäude, erste u. zweite Etage, dicht a. Hagedorn Markt, werden neue u. verleihe gewesene elegante u. einf. Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft; für Brautleute und zum Umzug ganz besonders geeignet: **Rahmen- u. Mahagoni-Schreibtische u. Waschtische, Waschtoiletten, Stühle, Korridor-Spinden, Kommoden, Bettstellen u. Matrassen u. Kissen, 21 M. französische, feinste Nischebetten in Sprungbetten-Matrassen u. Kissen 48, Tru-meur 58, elegante Büch- u. Stoff-Warmaturen 70, 105 Mark, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Sophas mit Sitz-ausgang 33 M., Spiegel in allen Größen u. Arten, Anticidestühle, Toilettoiletten, Garderoben-Spinden, alle Arten Küchenschränke. Auch gebe ich Einrichtungen an Zeitvergebung, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Gefasste Möbel können beliebig Zeit stehen bleiben u. werden durch eigene Ver-kaufe transportiert u. eingeführt.
Verleihe 1,50 M., das Kleid Platz-zeffelstr. 40, Waschengarderobe.**

Louisen-Theater, Reichenbergerstr. 34.
2 Minuten vom Kottbuser Thor.
Vollst. Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 12. September, nachm. 3 Uhr:
Die Räuber. Trauerspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.
Karl: Damp Gärler (Stadttheater in Stuttgart) a. Gast; Kmalte: Maria Korval (Stadttheater in Ubed) a. Gast; Franz: Julius Lark; Spiegelberg: Richard Brodel; Schweizer: Heinrich Richter.
Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Anstaltungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochenends 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffee-Geld. Volksbelustigungen.
Mittwoch: **Kinder-Fest.**

Cohn's Festsäle
Beuthstrasse 20.
Meine eleganten neu renovirten Festsäle mit Bühne, bis 1000 Personen fassend, sind noch an einigen Sonnabenden und Sonntagen zu vergeben. 3004L*

Eröffnung
der Bayerischen Malzbier-Brauerei H. Böhm
Berlin NO., Marienburger-Strasse 17. Fernsprecher: Amt VII 1253.
Weiß-, Malz-, Weizen-, Berderich-Bier per Lit. 10 Pf.
Bestellungen werden in Fässern von 10 Litern frei ins Haus angeliefert. Die Fässer haben reichliches Maas und werden sämtlich in der Brauerei gefüllt. Täglich von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends in der Brauerei.
Bier-Verkauf.
Wein-Kontakler ist ärztlich als sehr nahrhaft begutachtet und empfohlen.
30450*

Hygienische Neuheit.
Telephon-Mundschützer
von **Boiz & Co.**, Berlin S. 59, Amt IV. 2398.
per Dampf M. 6.—. Wiederverkäufer erhalten Rabatt. 101b

Dr. Hirschfeld.
Sprechstunden 11-12, 6-8.
Concess. Kur- u. Bade-Anstalt Berlin,
Gr. Hamburgerstr. 20.
Bewährte Heilmethode: pat. Oel-trocken-Luft-Verfahren etc. etc. 109/2

Künstliche Zähne.
Dr. Steffens, Rosenhalestr. 61, 2 Tr.
Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Dr. Simmel Moritzplatz,
i. Haus v. Wohnung
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Bahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Aus-führung u. 3 M., Blumen v. 2 M. an. Schmelz-, Gips-, Porzellan- u. Gips- u. unter Verleihung und Vor-zuglichkeit unserer Fruchtwine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterer.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vor-zuglichkeit unserer Fruchtwine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Möbel
verleihen gewesene und neue, stannend billig, Teilzahlung gestattet.
Beantw. ohne Anzahlung. 29170*
Neue Königstr. 59.

50. Eisenstrasse 84.
Gefunde u. Wohnungen in Baffan per 1. Oktober. Elektrische und Stadt-bahnverbindung. 2028
Mühlentrase Nr. 8
nahe Oberbaum u. Reichardtstrasse, sind billige fremdliche Wohnungen zum 1. Oktober zu vermieten. Näheres beim Besorger. 29410*

Schaufischerei.
gut gehend, in Schöneberg sofort billig zu vermieten; auf Wunsch Haus-verwaltung dazu. Offerten unter **D. 3** Exped. d. Bl. 4035
Billards, große Auswahl, billig, empfiehlt die Billardfabrik von **Hermann Otto & Co.,** SO. Craniensstr. 28 (u. Adalberstr.)
Darlehen ohne Bürgsch. gewährt d. **„Sparkasse“** d. **Schlef. Cred.-u. Hyp.-Bank** f. **Korallus, Breslau.** Statut geg. 40 Pf. *
Betten, produktiver Stand, (of. für 20 M. Grummstr. 26, vorn II rechts.
St. Zeitungs-Geschäft (of. ab. 1. Okt. billig veräußert. Preis 450 M. **Blücherstr. 30.** [2115*
Meyer's Verleihen oder Großhand-neuer. Auf. lief. vollst. unter den feinsten. Theilzahl. **A. Stelner,** Charlottenburg, Behagolstr. 106 A.

Arbeitsmarkt.
Achtung!
Holzarbeiter!
Drehler, Stellmacher.
Die Werkstatt von **Engel, Dem-muerkerstr.** hat die Forderungen noch nicht bewilligt.
Bantischler.
In der Werkstatt von **Heisig, Tunderstr. 74** und **Schönhauser Allee 141** stellen sämtliche Kollegen und Fertigkeitler ihres Korbes wegen Vordifferenzen die Arbeit ein.
Parkettbodenleger.
Die Firma **Rosenfeld & Co.** zahlt den Tarif nicht.
Zugang nach obigen Werkstellen ist fernzuhalten.
292/20 Die Ortsverwaltung.
Die Former und Kerumacher der Firma **Borsig** haben Montag, den 23. d. M., wegen Vordifferenzen die Arbeit eingestellt. Zugang nach betreffender Firma ist streng fernzuhalten!
H. Müller, Gerichstr. 31.
Betrouendmann. 1634*

Achtung! Vergolder.
Zugang streng fernzuhalten für **Vergolderinnen** bei der Firma **Ad. Werkmeister, Schmitz-straße 5a.** Die Kommission.
Gürtler, als Dreher
für dauernde Beschäftigung sucht **F. Zörn, Bärnkönig 5.**
Schürzenarbeiterin verlangt 4115
Herchen, Böckstr. 45.
Korbmacher.
Tüchtige Gesell. u. Beschlagene Kes-terler bekommen dauernde u. lohnende Stellen. Reise vergütet.
Robert Dengler, Kopenhagen.
Arbeiter auf edige Angeldröbe sucht **Schlesinger, Prinzenstr. 71.**
Plätterinnen auf geschweifte Um-legebogen u. Plätterinnen u. Man-schetten in und außer dem Hause sucht **M. Trepp, Lothringstr. 16, Du IV**
Kürschner.
Tüchtige Kürschnergehilfen finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei **3878**
H. Wolf, Burgstr. 29.
Tüchtige **Bekkerinnen-Staffirerinnen** finden lohnende und dauernde Beschäftigung bei **3880**
H. Wolf, Burgstr. 29.
Junge tüchtige Schloffer und Me-chaniker sowie Dreher für Berg-gebe verlangen **Koschke & Co.,** Fabrik für Nähmaschinen, Char-lottenburg, Englischstr. 23c, (Station Thiergarten) 3729
Arbeiterinnen auf gute glatte Jaquard von 2,25 an verlangt *
Knopper, Fürbringerstr. 11.
Wamsells auf gute Habmäkel verlangt **Wolter, Alte Jakobstr. 93.**
Punktl. oder Punktierenin wird sofort gesucht. Rechnung 8 bis 9 beim Portier **Marzianenstr. 57.** 402b
Ein geübter **Karton- u. Pappen-schneider** findet dauernde Stelle. Offerten nimmt die Exped. des „Bor-wärts“ unter Chiffre **D. 3.** entgegen.
Zementarb. werd. verl. **Schmid u. Weimar, Charlottenburg, Carmerstr. 17.**
Gesucht zum 1. Nov. cr.
jüngere Haushälterin
von einem Arzt. Gehalt nach Ueber-einkunft. Dienstmädchen nicht ge-wollt, dagegen Ausländer. Offerten unter **„E. 1080“** mit Photographie an **Hansenstein & Vogler, A.-G., Hannover.**
Farbmacher v. R. Schulz Jun., Rixdorf, Hermannstr. 17. 4076
Redakteur in guter Bildung, energ. Charakter u. hingebend dem Frier, lang. Nachm., selbst Kr. sucht leitenden Posten. Carr. vit., Preisb. u. Post. i. D. Anf. u. Uebereinf. Off. sub **H. K.** an d. Exp.

Der Teufel
holt auf der Stelle alle Schwaben mit einem der ganzen Brut bei der geringsten Verührung mit „**Poudre Marial**“ in Pödeten zu 50 Pf., 100, 200 und das Pfund 4,00. Tödtet wie kein zweites Mittel absolut sicher. Unter Garantie nur allein bei **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4,** Fernspr. Sofort frei Haus.

Rohtabak
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Guter Brand! Bestmögliche Qualität!
Zammliche
Fabrikations-Artikeln.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw., à 1.40 M.) Man verlange Preis-Verzeichnis. 29440*

Heinrich Frank,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.
Sophastoffe
aus **Reife**
in **Bliss, Damast, Cedre, Phantase, Gobelin** und **Plaid** (Holländ.) 29620*
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Verlin 8.
Emil Lefèvre, Craniensstr. Nr. 158.

Möbel 29402*
in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Teilzahlung.
Gr. Lager gebrauchter und verleihe gewesener Möbel. 2949L*
Schützenstr. 2.
Schloßern, Mechanikern
erteilt Ingenieur billigen Unterricht in Elektrotechnik, Maschinenbau, Mathematik. **H. L. postlagernd Postamt 55.** 2345
Billigste und beste Bezugsquelle für Private, Händler und Wiederverkäufer. **Burgarten von 1,70 M. an.** 1006
J. Toews Nachf., Staffkreierstr. 32.

Die noch vorhandenen gesammten Bestände, als da sind:
Kleiderstoffe, Baumwollwaaren, Tricotagen, Wäsche, Corsetts, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Wollwaaren u. viele andere Artikel des
Waarenhauses A. Brasch
Rosenthaler-Strasse No. 4
müssen bis Ende dieses Monats gänzlich geräumt werden und kommen nunmehr für jeden nur annehmbaren Preis zum
Total-Ausverkauf.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

